

# Im deutschen Reich.

Zeitschrift

des

Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen  
Glaubens.

## Inhalt:

**Aufruf an die jüdischen Frauen.**

**Der Humanist Heuchlin als Verteidiger des jüdischen Schrifttums.**

**Polnischer Antisemitismus.**

**Charles L. Hallgarten.**

**Umschau** (Verhandlungen des ersten vereinigten preussischen Landtages, Abgeordneter v. Binde, liberale Parteien, Sozialdemokratie, Zentrum, Reichstagsersatzwahl Czarnickau-Stolmar-Filshne, Konservative, Wirtschaftliche Vereinigung, deutsch-sozialistische Partei, Heine-Denkmal, Parteitag der antisemitischen Reformer, deutsch-nationale Handlungsgehilfen, Oesterreich, Russland).

**Korrespondenzen.**

**Vereinsnachrichten.**

**Briefkasten der Redaktion.**

**Bücherschau.**

**Nachtrag** (Jüdische Aerzte und russische Passvorschriften, Wangerooze).

**Anzeigen.**

---

Abonnementspreis für Nicht-Vereinsmitglieder  
pro Jahr: 3 Mk.

# Auskunftei S. Richter, Berlin, Leipzigerstr. 29, Ecke Friedrichstr.

Ich erteile seit 14 Jahren unter handelsgerichtlich eingetragener Firma jede Art von Auskünften, **Privatauskünfte, Familienauskünfte, Ermittlungen usw., streng diskret und unbedingt zuverlässig.**

**S. Roeder's**  
Bremer Börsenfeder



seit nahezu 40 Jahren bekannt und weltberühmt als beste Schreibfeder. Ueberall zu haben.

Man verlange ausdrücklich **S. Roeder's Bremer Börsenfeder** weil viele minderw. Nachahmungen unt. ähnl. Bezeichnung im Verkehr sind, und achte auf das gesetzl. geschützte Kennwort: „Jedem das Seine“.

**!! Privat-Auskünfte !!**

als **Spezialität**  
diskret, exakt, billig erteilt die  
**Auskunftei**  
der  
**Gläubiger-**  
**Vertretungs-Gesellschaft**  
m. b. H.  
**Berlin-Charlottenburg,**  
Kantstrasse 72/73.

## Schlaflosigkeit und Kaffee!

Wenn Sie Kaffee gerne trinken, aber Schlaflosigkeit, Herzklopfen, Händezittern und sonstige unangenehme Zustände danach bekommen, so machen Sie einmal einen Versuch mit dem Coffeinfreien Kaffee HAG (Schutzmarke Rettungsring), der in verschlossenen 1/2 Pfund-Paketen in allen besseren Geschäften zum Preise von 1.20 Mk. und höher per Pfund zu haben ist. Vergleichen Sie außerdem seinen Geschmack mit dem anderer, im Preise gleicher Kaffeesorten, und Sie werden finden, daß er auch in dieser Beziehung den Vorzug verdient. Er schmeckt weicher und lieblicher und hat das volle, schöne Aroma der edelsten Sorten. Er ist der einzige Kaffee, der bei Blutarmut, Nervosität, Nierenleiden, Gicht etc. etc. ärztlich ohne weiteres gestattet wird, da ihm das schädliche Coffein entzogen ist. Der Coffeinfreie Kaffee HAG wird hergestellt unter ständiger Kontrolle des chemischen Laboratoriums Fresenius - Wiesbaden von der **Kaffeehandels - Aktien - Gesellschaft Bremen.** Lassen Sie sich nicht irremachen von Verkäufern, die ihn noch nicht führen, sondern urteilen Sie selbst!



# Im deutschen Reich.

Zeitschrift

des

Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.

==== Erscheint zwölfmal im Jahre. ====

---

XIV. Jahrg.

Berlin, Juni 1908.

Nr. 6.

---

## Aufruf an die jüdischen Frauen!

Am 15. Mai d. Js. ist das neue Reichsvereinsgesetz in Kraft getreten. Dasselbe macht keinen Unterschied mehr zwischen Männern und Frauen. Den Frauen steht also jetzt der Eintritt in politische Vereine unbeschränkt frei. Wir fordern deshalb alle deutschen Frauen jüdischen Glaubens auf, unserm Verein als vollberechtigte Mitglieder beizutreten, um Schulter an Schulter mit den Männern in den Kampf um unsere Gleichberechtigung einzutreten.

Wir bitten, von den anliegenden Beitrittskarten Gebrauch zu machen.

Central-Verein deutscher Staatsbürger  
jüdischen Glaubens.

Dr. Horwitz.

## Der Humanist Reuchlin als Verteidiger des jüdischen Schrifttums.

Vortrag

des Herrn Stadt- und Konferenz-Rabbiners Dr. Appel-Karlsruhe, gehalten in der ordentlichen Mitgliederversammlung des Central-Vereins am 25. Februar 1908.

### II.

Bevor wir in der Schilderung des „Pfefferkorn-Streites“ weitergehen, müssen wir auf das Gutachten Reuchlins etwas näher eingehen. Ranke hat es in seiner Deutschen Geschichte im Zeitalter der Reformation (4. Aufl. 1. Bd. S. 185) „ein schönes Denkmal reiner Gesinnung und überlegener Einsicht“ und David Friedrich Strauß in seinem „Ulrich von Hutten“ (S. 139) „eine schöne Probe der Klarheit seines Verstandes, der Biederkeit seines Charakters und der Milde seiner Gesinnung“ genannt. Das Gutachten ist nie besonders gedruckt worden und macht den Hauptteil des „Augenspiegels“ aus.

Es ist überschrieben: „Ratsschlag ob man den Juden alle ire Bücher nehmen, abthun und verbrennen soll“. Reuchlin meint, das sei eine Frage, über die sich manches für und gegen sagen lasse. Um aber zu einem sicheren Ergebnis zu gelangen, müsse man zwischen den Büchern unterscheiden. Da gäbe es in erster Reihe die Bücher der Heiligen Schrift, die außer Frage ständen. Zweitens nennt er den Talmud, von dem er sagt: „das ist ein versammelte leer und auslegung aller gebott und verbott, so in der thora, das ist in den fünf büchern Mosis inen gegeben, der do sechs hundert und XIII in der Zal durch vil ihrer hochgelerten vor langen zytten beschreiben sind“. Er selbst habe den Talmud nie gelesen, weil er, trotz großer Mühe, die er sich gegeben, sich noch kein Exemplar habe beschaffen können, er kenne denselben nur aus Büchern, die gegen ihn geschrieben seien. Nun möge wohl im Talmud manches gegen das Christentum gesagt sein und es möge sich auch sonst manches Seltsame darin finden. Man müsse abweichende Ansichten widerlegen; aber nicht mit Fäusten dreinschlagen, wenn man nichts vorzubringen wisse. Wie könne aber einer den Talmud verwerfen, der nicht einmal seine Sprache verstehe. Was würde man dazu sagen,

wenn einer die Mathematiker oder Philosophen bekämpfen wollte, ohne von Mathematik oder Philosophie etwas zu verstehen? Wenn man sich aber darauf berufen wollte, daß es einzelne Schriften gebe, die den Talmud als gefährlich hinstellen, so sei es doch eine einfache Forderung der Billigkeit, auch die andere Partei zu hören. Man habe auch früher nie gefordert, daß der Talmud vernichtet werden solle, und damals sei man doch viel fester im Glauben gewesen als in der Gegenwart. Nur jetzt verlangten zwei getaufte Juden, Petrus Nigrinus (Peter Schwarz) und Johannes Pfefferkorn seine Vernichtung, von ihnen aber gelte das Wort Pauli im Römerbrief: „Sie eifern um Gott, aber mit Unverständnis“. Er schließt diesen Punkt mit den Worten: „So viel sei gesagt von der ersten ursach meines ratschlags gegründt uff die wort sanct Pauls da er spricht: Es müssen von not aberglauben und irrthumb sein, darumb daß die rechtglaubigen bewert erscheinen“ . . .

Reuchlin will er aus dem Neuen Testament selbst beweisen, daß der Talmud erhalten bleiben müsse, weil Jesus nach dem Evangelium Johannis gesagt habe: „Erfragent, suchent oder erforschent die schrifftten, so vil ir wenen in denselben das ewig leben zu haben, und dieselbigen sind von mir zeugnuß gebende“. Mit diesen Schriften seien die Aufzeichnungen der Rabbinen gemeint, aus denen der Talmud entstanden sei.

Reuchlin sagt: Sei im Talmud doch auch manches Gute erhalten, und wenn es Menschen gäbe, die in demselben nur Böses fänden, so läge das nicht an den Schriften, sondern an den Menschen. Uebrigens dürfe man manches nicht nach dem Buchstaben, sondern nur in einem höheren Sinne nehmen, wie ja dies auch vielfach bei der h. Schrift der Fall sei. In den alten Werken der Dichtkunst ständen viel schlimmere Sachen als im Talmud, und dennoch denke niemand daran, sie zu beseitigen. Etwas ganz anderes sei es, wenn die Kirche ketzerische Schriften verbrenne, aber auch diese erst nach Urteil und Recht, d. h. nach einem geordneten Gerichtsverfahren; die Ketzer seien als Christen der Kirche unterworfen, darum habe die Kirche das Recht, über sie zu urteilen, die Juden aber seien keine Ketzer, und über den jüdischen Glauben oder Unglauben zu urteilen, habe die Kirche kein Recht. „Denn sie sind kein glied der cristenlichen

kirchen und gat uns ir glaub nicht an, das schreibt uns der heilig apostel Paulus (Cor. V. 12 13), als er spricht: Was gat es mich an, die leut so ußerhalb sind zu richten, ist üch nicht genug, das ir die so unter uns sind mögen richten, die leut so nit von uns sunder ußerhalb sind, wird got richten“.

Nachdem er ausführlich seine Meinung über den Talmud ausgesprochen hat, kommt er zu den kabbalistischen Schriften. Diese zu verteidigen wird ihm leicht; er beruft sich auf die These des Grafen Picus von Mirandola; „Es ist keine kunst, die uns mer gewiß macht von der gottheit Cristi denn Magie und Cabala“ und ferner darauf, daß der Papst Sixtus IV. verschiedene kabbalistische Bücher ins Lateinische habe übertragen lassen.

Weiter seien die Commentare zu erwähnen, deren Studium er für das Verständnis der h. Schrift dringend empfiehlt. Auch Nicolaus de Lyra hätte Raschi benützt, und wollte man aus seinen Commentaren alle Bemerkungen Raschis entfernen, so würde wenig übrig bleiben, was geistiges Eigentum de Lyras sei.

An nächster Stelle erwähnt er die Predigt- und Andachtbücher, die man den Juden nicht entziehen dürfe, da sie dieselben für ihren Kultus gebrauchten, dessen Ausübung ihnen durch kaiserliche und päpstliche Verordnungen gewährleistet sei.

Schließlich seien zu nennen die Bücher von allerlei Künsten, sowie die Fabel- und Märchenbücher, diese seien nur insoweit zu vernichten, als sie verbotene Künste wie Zauberei und Schatzgräberei behandelten, oder die ausgesprochenen Schmähschriften, von denen er das Sefer nizzachon und die Schrift Toldoth Jeschu nennt, die aber von den Juden selbst abgetan seien. Die anderen Bücher aber enthielten keine Schmähung, und wenn die Juden die Gottheit Jesu nicht anerkannten, so sei das ihr Glaube, aber keine Schmähung. Er meint, daß ein gelehrter Jude viel eher bekehrt werden könne, als ein unwissender, er fügt jedoch hinzu: „uß rechtem grund befert“ und hierbei bekommen die getauften Juden einen derben Seitenhieb. „Ich sag uß rechtem grundt, deshalb ich nit red von denen die aus neid, haß, forcht der straff, armut, rach, vergeittigkeit, liebe der welt, schlechter einfestigkeit, und anderen dergleichen ursachen zu uns kommen,

und allein mit Worten und mit dem Namen wollen existieren werden. Deren ich viel gefant hab, da nichts Guts us worden ist, dieselben glauben eben eins als das ander, und wan es inen uff dieser seiten nit nach irem Willen gat so lauffen sie in die Türcke und werden wider Juden.“

Er erklärt es nicht allein für zwecklos, sondern auch für schädlich, die Bücher der Juden zu unterdrücken oder zu vernichten und macht vielmehr den Vorschlag, der Kaiser möge verfügen, daß zehn Jahre lang an jeder Universität zwei Professoren angestellt werden, die die Studenten in der hebräischen Sprache unterweisen sollen, und die Juden sollten die notwendigen Bücher herleihen, bis diese durch Druck oder Abschrift vervielfältigt seien. Er schließt sein Gutachten mit der Ansicht: „daß man der Juden Bücher nit soll verbrennen, und daß man sie durch vernünftig disputationes sanftmütiglich und güttlich zu unserm glauben sol mit der hilff gottes überreden“.

Dieses Gutachten, das am 6. Oktober 1510 ausgestellt ist, übersandte Reuchlin versiegelt durch einen geschworenen Boten dem Erzbischof Uriel von Mainz, Erzkanzler des Deutschen Reichs. Diesem wurden auch die andern Gutachten übergeben, die alle mit Ausnahme des Heidelberger Gutachtens, das auf Berufung einer Kommission antrug, die Unterdrückung der jüdischen Bücher verlangten, das Mainzer sogar die Konfiskation der hebräischen Bibel. Diese Gutachten übergab der Erzbischof nebst einem Briefe, in dem er sich dem Urteil der Kölner und Mainzer Fakultät angeschlossen, dem Johannes Pfefferkorn zur Uebermittlung an den Kaiser. Der Kaiser übergab die Gutachten einer Kommission zur Berichterstattung, und trotzdem auch diese auf Konfiskation der hebräischen Bücher mit Ausnahme der Bibel antrug, entschied der Kaiser, da er nun doch einmal bedenklich geworden war, die Angelegenheit auf dem nächsten Reichstage zu verhandeln. Hierbei ist es verblieben; die Sache ist auf keinem Reichstage vorgekommen. Die Bücherangelegenheit war hiermit beigelegt; aber der einmal angefachte Brand loderte auf einem andern Gebiete fort.

Als der vom Kaiser bestellte Sollizitator der Bücherangelegenheit hatte Pfefferkorn wohl das Recht, von den ein-

gelaufenen Gutachten Kenntnis zu nehmen; wozu er aber kein Recht hatte, das war, von dem ihm amtlich zur Kenntnis Gelangten in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Schrift Gebrauch zu machen. Daher war auch Reuchlin sehr aufgebracht, als Pfefferkorn auf der Ostermesse 1511 in Frankfurt a. M. eine Schrift mit dem Titel „Handspiegel“ verkaufte und verteilte, worin das Gutachten Reuchlins aufs heftigste angegriffen wurde. Wenn ihm in dieser Schrift vorgeworfen wurde, daß manche seiner im Gutachten entwickelten Ansichten über die Juden und der Juden Bücher mit den vor fünf Jahren in dem deutschen Sendschreiben an den Edelmann ausgesprochenen in Widerspruch stünden, so kann die Richtigkeit dieser Behauptung nicht bestritten werden. Aber weshalb hätte Reuchlin seine Ansichten nicht berichtigen sollen? Wenn aber Pfefferkorn behauptete, daß Reuchlin von den Juden bestochen worden sei, daß seine hebräischen Kenntnisse gleich Null seien, daß er hebräisch lese und schreibe, wie wenn man einen Esel die Treppe hinauftreibe, und daß seine hebräischen Schriften nicht von ihm verfaßt seien, so lag darin eine so schwere Verleumdung, daß Reuchlin sich aufs tiefste verletzt fühlen mußte. Er überreichte dem Kaiser, der bald darauf durch Schwaben kam, in Reutlingen das Pfefferkornsche Libell und führte darüber Klage. Der Kaiser, der mit Geschäften überhäuft war, versprach, die Angelegenheit vom Bischof in Augsburg untersuchen und regeln zu lassen. Da aber kein Resultat erfolgte, beschloß Reuchlin, sich selbst Recht zu verschaffen, oder, wie er wörtlich sagt, „als ein Verwundeter sich selber zu arzeneien und zu heilen“. Und so erschien zur Herbstmesse 1511 sein „Augenspiegel“. Dieser besteht aus folgenden Stücken:

1. Einer Erzählung des Hergangs der Sache bis zur Abfassung des Gutachtens.
2. Einem wörtlichen Abdruck des Gutachtens.
3. Einer lateinischen Disputation, in welcher die etwa zu erhebenden Einwände in scholastischer Form gelöst werden.
4. Einer Aufzählung von 34 Unwahrheiten, die Pfefferkorn gegen ihn vorgebracht habe.

In der scholastischen Disputation hat er manche der im Gutachten ausgesprochenen Ansichten, die der Öffentlichkeit gegenüber so klipp und klar auszusprechen er sich doch wohl scheuen mochte, umgedeutet und beschränkt. Doch das dürfen



wir ihm nicht allzusehr verdanken, und es hat ihm auch bei seinen Gegnern nichts genützt. Die ganze Schale seines — wir dürfen wohl sagen — berechtigten Zornes schüttete er über Pfefferkorn aus, den er stets den „getauften Juden“ nennt. Wenn er dabei zu derben Ausdrücken griff, so müssen wir dies seiner Gereiztheit und den Gepflogenheiten seiner Zeit zugute halten.

Am meisten dürfte es uns interessieren, was er zu dem Vorwurfe Pfefferkorns sagt, er sei von den Juden bestochen. Er schreibt: „Die 22. Unwahrheit hat der getaufft jud uff mich erdacht an dem 9. blat seines schmachbüchlin, als ob ich von den juden etwas solt genommen haben, für sie und wider in geschreiben, mit dergleichen worten, die juden werffen mich hoch uff, deshalb nem in nit wunder, denn wer inen dient, dem dienen sie wieder, besunder so es etwas wider die cristenlich kirch zum nachteil kommen oder reichen mag, wie er das auch zu andern leuten müntlich geredt soll haben. Für war nur hab ich inen nie keinen dienst gethan besunder wider die cristenlich kirch, und daruff sag ich bei dem höchsten glauben, daß ich all mein leptagen von meinen kindlichen zeiten bis uff diese stund von den juden noch von irentwegen weder heller noch pfennig, weder gold noch silber, weder crütz noch müntz nie empfangen, genommen noch verhofft hab. Mir hat auch alle meine leptagen kein jud ny dehein gab verheissen noch versprochen umb was sachen es wölle, und in junderheit auch betreffend disen ratschlag, hat mir kein jud weder myet, noch dienst, noch belonung erbotten, noch dero mich verwemt noch geben in dehein wyß noch wege. Und welcher von mir zu verlezung meiner eeren anderit geschriben oder geredt hat, oder anderit noch redt, der selbig lügt als ein leichtvertiger eerloßer bößewicht, und ob er gleich hette so ein frummen gestalt als wäre er ein cartheißer“. Diese letzte Bemerkung richtet ihre Spitze zugleich gegen den Karthäuserprior Gregor Rüssch; der gesagt haben soll, Reuchlin hätte sein Gutachten mit roter Tinte geschrieben, worin Reuchlin den Vorwurf der Bestechlichkeit erblickte.

Als der Augenspiegel zur Herbstmesse in Frankfurt verkauft wurde, ließ sich Pfefferkorn von dem Pfarrer Peter Meyer die Erlaubnis geben, da er als verheirateter Laie nicht in der Kirche predigen durfte, vor der Kirche zum

Volke zu sprechen. In seiner Rede heftete er gegen die Juden und den Reuchlinischen „Augenspiegel“. Nachdem der Pfarrer Kenntnis von dem Inhalt des „Augenspiegels“ genommen hatte, rief er aus: „An den Galgen mit diesem Buch“. Er inhibierte den Verkauf und sandte sofort ein Exemplar an die Kölner theologische Fakultät. Diese übertrug die Prüfung des Buches dem Arnold von Tugern. Als Reuchlin hiervon hörte, hielt er es für ratsam, vor dem drohenden Unwetter sich zu schützen. Am 28. Oktober schrieb er zwei Briefe nach Köln, einen an Arnold von Tugern, den anderen an den ihm befreundeten Conrad Kollin aus Ulm. Der Brief an Tugern ist in ziemlich unterwürdigem Tone abgefaßt; er versichert seine vollständige Uebereinstimmung mit dem Kirchenglauben und erbietet sich, falls er etwas anders ausgelegt habe, als die Kirche lehre, dies zurücknehmen zu wollen. Da betreffs der Judenbücher keine gesetzlichen Vorschriften beständen, so habe er darüber frei wie ein Redner disputieren dürfen und sich für die mildere Ansicht ausgesprochen. „Ich bitte dich,“ jagt er mit Anspielung auf bekannte neutestamentliche Stellen, „daß du Geduld mit mir habest, so will ich dir alles bezahlen“, „befiehl, so werde ich mein Schwert einstecken“, „es krähe mir der Hahn, so will ich weinen“, „donnere erst, bevor du blizest“.

In dem Briefe an Kollin beschwerte er sich darüber, daß der Dominikanerorden, dessen Anwalt er jahrelang ohne Entgelt gewesen sei, den Pfefferkorn in seinen Angriffen gegen ihn ermuntert und unterstützt habe.

Am 2. Januar erging das Antwortschreiben der Kölner theologischen Fakultät, das von dem Dekan derselben, Jacob Hochstraten, unterzeichnet ist. Die Fakultät wirft ihm vor, daß er das vom Kaiser löblich begonnene Werk der Unterdrückung der Judenbücher durch sein Gutachten vereitelt habe; hierdurch habe er sich der Begünstigung des jüdischen Glaubens schuldig gemacht und den Juden neuen Anlaß zum Spott gegeben. Außerdem habe er Schriftstellen falsch angewandt und Bemerkungen eingestreut, die fromme Ohren verletzten. Er möge die Steine des Anstoßes beseitigen, und da er sich in der seinem Gutachten angefügten lateinischen Disputation noch nicht genügend hinsichtlich der Aufrichtigkeit seines Glaubens gereinigt habe, so hätten sie diejenigen Stellen ver-

zeichnet, über die er sich ausführlicher aussprechen oder die er nach dem Beispiel des weisen Augustinus widerrufen möge.

Unter demselben Datum hatte ihm auch Kollin geschrieben, angeblich aus freundschaftlichem Interesse, in Wahrheit aber, um ihn einzuschüchtern. Nur seiner Freundschaft habe es Reuchlin zu danken, daß man vorerst von strengem Vorgehen gegen ihn abgesehen und ihm die anstößigen Stellen seiner Schrift bezeichnet habe. Es sei kein Wunder, wenn ein Jurist theologische Subtilitäten nicht verstehe. Schon erwarteten Geistliche und Weltliche den Urteilspruch der Fakultät und schon seien alle bereit, wider ihn aufzustehn. Wenn er sich aber unterwerfe und von der Fakultät freigesprochen werde, so werde ihn niemand zu verdammen wagen.

Noch hielt Reuchlin in dem Antwortschreiben vom 27. Januar an die Fakultät an sich. Er lobt ihre Frömmigkeit, daß sie ihn erst hören wolle, bevor sie ihn verurteile. Daß er die seinem Gutachten beigegebenen Deklarationen nur in lateinischer und nicht auch in deutscher Sprache abgefaßt habe, daran sei die Kürze der Zeit schuld gewesen, und er sei auch jetzt noch bereit, sie in deutscher Sprache zu veröffentlichen. Wenn aber die Fakultät das für nicht genügend halte, so möge sie die Erklärung, die sie von ihm verlange, ihm schriftlich durch einen Boten auf seine Kosten zugehen lassen und sich inzwischen weiterer Schritte enthalten.

Eine schärfere Tonart schlägt er gegen Kollin an. Er denke nicht daran, etwas gegen die Kirche zu unternehmen, denn außerhalb der Kirche gäbe es kein Heil. Er verstehe aber nicht, wie die Fakultät behaupten könne, daß er das vom Kaiser löblich begonnene Werk der Vernichtung der Judenbücher vereitelt habe. Von einem solchen Plane habe er nichts gewußt, es sei lediglich von einer Untersuchung die Rede gewesen; er sei auch kein Judengönner, er hasse vielmehr die Juden wie der heil. Hieronymus. Daß er sein Gutachten in deutscher Sprache abgegeben habe, käme daher, daß auch das an ihn ergangene Mandat deutsch abgefaßt gewesen sei. Wie er das Mandat verschlossen empfangen, so habe er auch sein Gutachten verschlossen abgegeben, die Veröffentlichung hätten die Verräter vorgenommen, die darob nach bürgerlichem Recht an den Galgen gehörten, an den Gott und die Menschen jene Gefellen bringen möchten. Zum Schlusse

wiederholt er, was er in dem Schreiben an die Fakultät gesagt hatte, sie möchten ihm deutlich kundgeben, was sie von ihm forderten.

Nun war es an den Röllnern, bestimmte Forderungen zu stellen. Das taten sie denn auch in ihrem Schreiben vom 29. Februar 1512. Reuchlin möge alle Exemplare des Augenspiegels aus dem Buchhandel zurückziehen und in einer öffentlichen Erklärung alle, die sein Buch gelesen, bitten, von ihm nicht anders zu denken, als daß er in allem mit den Lehren der katholischen Kirche übereinstimme und die Juden samt ihren gottlosen Büchern, namentlich den Talmud, bekämpfe. Er möge daher das Schwert nicht in der Wunde stecken lassen und jeden Anstoß beseitigen. Würde er aber das gottgefällige Opfer des Widerrufs nicht bringen, so werde es nach seinem Tode nicht an Menschen fehlen, die den toten Löwen am Barte rupfen und von ihm als einem zur tiefsten Hölle Verdammten reden würden.

Auch Kollin legte wieder ein von heuchlerischen Freundschaftsversicherungen triefendes Schreiben bei, um ihn um so sicherer ins Garn zu locken.

Nun aber war Reuchlins Geduld erschöpft.

Er antwortete am 11. März: Er hätte sowohl von ihrer Humanität wie von ihrer brüderlichen Liebe erwarten dürfen, daß, nachdem er durch seine Deklaration den gelehrtesten Männern genug getan, sie ihm Gelegenheit geben würden, auch ihnen genug zu tun, indem sie ihm genau angeben würden, in welcher Form er seine Erklärung abgeben solle. Er könne doch nicht, selbst wenn er den Geist Daniels zwiefach besäße, eines jeden Träume auslegen. Um aber der Fakultät willfährig zu sein und um nicht das Schwert in der Wunde stecken zu lassen, wolle er zur nächsten Frankfurter Messe die seinem Augenspiegel angefügte lateinische Deklaration in deutscher Sprache und, wenn nötig, in erweiterter Form erscheinen lassen, um den Uebelwollenden jede Gelegenheit zur Verleumdung zu nehmen. Den Verkauf seines Augenspiegels könne er nicht hindern, da dieser Eigentum des Buchhändlers sei.

(Schluß folgt.)

## Polnischer Antisemitismus.

In dem in der Diözese Kulm belegenen Städtchen Pielpzin erscheint in polnischer Sprache ein Blatt „Piełgrzym“ (der Pilger). In seiner Nummer 155 vom 26. Dezember 1907 hat dieses Blatt unter der Ueberschrift „Gdyby nie te żydki“ („Wenn nicht diese Jüdchen!“) einen Artikel veröffentlicht, den wir wegen seiner geradezu verblüffenden Kühnheit in der Anwendung antisemitischer Verleumdungen in wortgetreuer Uebersetzung wie folgt wiedergeben:

„Wenn nicht diese Jüdchen!

Wir haben schon mehrfach über den geplanten, zum Teil schon begonnenen Boykott preussischer Waren in Galizien und im Königreich Polen geschrieben. Die Boykottierung, wenigstens verschiedener, wenn auch nicht aller preussischen Waren, würde vollkommen durchzuführen sein, wenn nicht die Jüdchen.

Die Jüdchen gehen stets Hand in Hand mit dem, der die Macht hat, also in Deutschland mit den Deutschen. Die Jüdchen führen nach wie vor deutsche Waren ein. Leider ist der Handel in Galizien und im Königreich größtenteils in ihren Händen, sie werden also auch fernerhin unsere Feinde unterstützen. — Deshalb sollte das polnische Volk weder bei Juden, noch bei anderen unserer Feinde kaufen, sondern nur bei Landsleuten.

Das gemeine Vorgehen dieser Jüdchen würde uns nicht schaden, wenn das polnische Volk diese Parole mehr beachten würde. Es schneidet wahrlich das Herz, wenn man unsere Polinnen sich förmlich mit Gewalt in die jüdischen Läden drängen, ihnen die polnischen Groschen zutragen sieht. Und warum tun sie das? . . . „Weil meine Mutter dort gekauft hat, kaufe ich auch dort“ — so sagen sie, ohne darauf zu achten, daß wir jetzt anders handeln müssen als früher.

Und so überträgt sich diese schreckliche Seuche von einer unvernünftigen Generation auf die andere, und die Juden bereichern sich nach wie vor mit polnischem Gelde und verfolgen dann alles, was polnisch, was katholisch ist.

Mancher dürfte einwenden, daß diese Juden keine Haffisten sind. O ja, wenn sie mit dir in ihrem Laden sprechen, spielen sie sich als Freunde der Polen heraus. In ihrem

Laden wissen sie nichts davon, daß der Hafatismus uns jetzt schon die Zunge (Sprache) ausreißen will, daß er seine blutgierigen Krallen nach unserem Boden, unseren Gütern, unseren Hütten ausstreckt und uns mit Gewalt aus ihnen vertreiben will. In ihrem Laden tun diese Nachkommen der Pharisäer, als wüßten sie nichts von alledem, aber außerhalb ihres Geschäftes sind sie unsere schlimmsten Feinde.

Die Juden fördern und unterstützen aufs eifrigste den preußischen Hafatismus, jüdische Zeitungsschreiber und Bankiers. Wer hat den H. R. L.-Verein begründet? . . . der Jude Hansemann! Wer hat in verschiedenen Versammlungen die barbarische Losung: „Macht geht vor Recht!“ ausgegeben — der Jude Wagner! Welche hafatistischen Blätter hegen am meisten gegen uns, welche verbreiten die abscheulichsten Lügen wider uns? . . . Die Blätter, welche von jüdischen Firmen herausgegeben, von Jüdchen redigiert werden. Ueberall, wo nur ein Anschlag gegen uns geschmiedet wird, helfen die Juden.

O Blindheit, die das nicht sehen will, o Dummheit, die den eigenen Henkern die scharflichen Keulen in die Hand gibt!

Die ganze Welt haßt den jüdisch-preußischen Hafatismus, nur die Polen haben kein Erbarmen mit sich selbst und unterstützen auch weiter die Juden . . . .“

Wenn man es nicht gedruckt vor sich sähe, sollte man es nicht glauben, was antisemitische Redakteure polnischer Zeitungen ihren Lesern vorzulügen wagen, nur um den armen jüdischen Kaufleuten und Händlern, die ohnedies schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben, das Leben noch schwerer zu machen. Freilich, indem sie ihr antisemitisches Mütchen kühlen, wollen sie gleichzeitig auf Kosten der Juden polnische Propaganda treiben. Diese Kombination führt sie zu der überraschenden Entdeckung, daß der „Hafatismus“ ein Werk der Juden sei. Hansemann wird zum Juden gemacht, desgleichen Wagner, auch die Redakteure sämtlicher konservativer, freikonservativer und nationalliberaler Zeitungen, die bekanntlich allein den Hafatismus vertreten, sind Juden und ebenso die Besitzer dieser Zeitungen! Das hat bisher noch niemand fertig gebracht, selbst Herr Bruhn nicht: Hansemann, Wagner, von Hammerstein, Kropatschek, Juden, Juden, lauter Juden, sobald es den Herren der polnisch-antisemitischen Heppresse gefällt.

— Daß, soweit sich die Juden politisch betätigen, dies wesentlich in der Richtung der Parteien geschieht, die sich von dem sog. Sakatismus freihalten, davon weiß der fromme „Pilger“ seinen Lesern nichts zu sagen. Es handelt sich ja nur um Juden; die darf man verleunden und beschimpfen, wenn man auch sonst noch so fromm sich aufspielt.

Wir würden dem Artikel des „Pilger“ keine besondere Bedeutung beimessen, weil wir leider von einer gewissen polnischen Presse Hezereien gegen unsere Glaubensgenossen gewohnt sind. Dabei handelt es sich aber meist um minderwertige Blätter, wie den berüchtigten „Postemp“, deren Redakteure und Verleger dem Geschmack ihrer dem blöden Antisemitismus verfallenen Leser zu entsprechen glauben, die aber von den anständigen Polen kaum gelesen und jedenfalls nicht begünstigt werden. Der „Pilger“ dagegen ist ein Blatt, das als Organ der höheren Geistlichkeit gilt und in der Diözese Kulm sich einer großen Verbreitung und Beliebtheit unter den dortigen katholischen Geistlichen erfreut. Dies veranlaßt uns, dem Artikel eine gewisse Bedeutung beizumessen und ihn in das richtige Licht zu stellen, getreu unserem Grundsatz, den Feinden offen entgegenzutreten und nicht etwa, wie es leider viel zu lange zum Nutzen des Antisemitismus geschehen ist, Verleumdungen gegenüber unbedingt stillzuhalten. Gleichzeitig soll die Stellung der deutschen Juden zur Polenfrage etwas eingehender behandelt werden.

Wir haben schon hervorgehoben, daß die Juden keine Sakatisten sind. Gerade diejenigen Personen, welche der „Pilger“ zu Juden stempeln will, werfen den Juden vor, daß sie von den sakatistischen Bestrebungen sich fernhalten, sie weder durch Geld noch durch werbende Tätigkeit unterstützen. Die Juden sind seit Jahrtausenden stets und überall in der Minorität und haben am eigenen Leibe empfinden müssen und empfinden es noch heute, wie wehe die Zurücksetzung und Unterdrückung tut, wie Haß und Mißgunst, Leib, Gut und Ehre zu schädigen und vernichten versteht. Die Juden haben sich dadurch niemals die Liebe zum Vaterlande verleiden lassen; sie lieben das Land, in dem sie geboren sind, in dem ihre Vorfahren seit Generationen gelebt haben und bleiben seine treuen Kinder, auch wenn man ihnen wehe tut, sie ungerecht behandelt und zurücksetzt. Deshalb weisen die deutschen Juden auch die

Zumutung zurück, ihr Deutschtum den Polen zuliebe zu verleugnen und etwa Bestrebungen zu fördern, die auf Los-trennung der Landesteile mit polnisch sprechender Bevölkerung von Preußen und Deutschland abzielen. Freilich wird die Stellung der Juden dadurch in diesen Landesteilen besonders schwierig. Die Deutschen, namentlich vielfach die Beamten, sondern sich von ihnen ab, teils aus Antisemitismus, teils aus kleinlichem Kastengeist. Wo man die Juden zurücksetzen kann, tut man es, setzt sich hierbei über langjährige Vereinbarungen skrupellos hinweg und scheut selbst ein Bündnis mit den doch sonst für so gefährlich erklärten Polen nicht, wie es jüngst bei der Breschener Stadtverordnetenwahl geschehen ist. In das polnische Lager können und wollen die Juden trotzdem nicht übergehen, weil sie Deutsche sind und bleiben wollen. Aus diesem Zwiespalt ihrer Lage erklärt sich zum guten Teil die starke Abwanderung der Juden aus den östlichen Provinzen in den letzten Jahrzehnten. Die dort zurückgebliebene Zahl unserer Glaubensbrüder ist aber immer noch eine verhältnismäßig große. Wenn diese im Osten zurückbleibenden Juden trotz aller Bedrängnis von rechts und links sich doch immer noch behaupten und wirtschaftlich nicht ganz zugrunde gehen, so verdanken sie es ihrem Fleiße, ihrer Sparsamkeit und Redlichkeit. Der „Pilger“ bricht in Klagen aus, daß die Polinnen seinen Hezereien nicht folgen, daß sie trotz des hundertfach proklamierten Boykotts jüdischer Kaufleute immer wieder in den Laden des Juden laufen. Er meint, sie tun es, weil ihre Mütter es getan haben. Solche automatischen Gewohnheitsweisen sind die polnischen Frauen durchaus nicht; sie gehen zum jüdischen Kaufmann, ebenso wie es die Frauen der deutschen Beamten und selbst der Antisemiten tun, weil sie dort gut und preiswert bedient werden, weil sich der Jude Mühe gibt, den Wünschen der Kundschaft zu entsprechen. Deshalb können wir unseren Brüdern in den östlichen Provinzen nur ans Herz legen, auf der heimatischen Scholle trotz aller Schwierigkeiten auszuharren, sich durch Verunglimpfungen von deutscher und polnischer Seite nicht ihre Liebe zum Vaterlande verleiden zu lassen, wohl aber mit Fleiß, Ausdauer und Redlichkeit in allem Tun und Handeln ihre Stellung zu behaupten und damit am besten alle Verleumdungen deutscher wie polnischer Antisemiten zu widerlegen. Das Volk läßt



sich jetzt schon in seiner Mehrzahl durch derartige Heterereien nicht mehr betören. Von der Geistlichkeit in der Diözese Kulm aber wollen wir hoffen, daß sie einer von blindem Judenhaß erfüllten Presse entgegentritt und nicht Bestrebungen begünstigt, die unter dem Deckmantel polnischer Abwehr gegen Unterdrückung Antijemitismus schlimmster Art betreiben. n.



### Charles L. Hallgarten.

Von Dr. Eugen Elkan in Frankfurt a. M.

Am Ostersonntag dieses Jahres ist der weit über Frankfurts Mauern bekannt gewesene und hochverdiente Philanthrop, Charles Hallgarten, im beinahe vollendeten 70. Lebensjahre entschlafen. Frankfurt a. M. beklagt den Heimgang eines seiner großherzigsten Mitbürger, die Armen dieser alten, ehrwürdigen Stadt betrauern einen Retter, Helfer und Freund, der mit seinen reichen Mitteln, und dabei so feinsüßlig, Not und Elend zu lindern bestrebt war, daß sein Tod eine nicht so bald zu überbrückende Lücke in der Wohlfahrtspflege Frankfurts zurücklassen wird. Was seine Glaubensgenossen, besonders die aus Rußland verfolgten Israeliten, denen er so gern seine reichen Spenden zuwandte, durch den Tod des edlen Mannes verloren haben, ist gar nicht zu ermeßen. — Was Charles Hallgarten, der für sich keine Ansprüche ans Leben stellte und durch seine vornehme Einfachheit auffiel, so bald alle Herzen eroberte, war der Umstand, daß seine Unterstützungen keine Almosen waren; sie waren sympathische Hilfe, gleichsam Akte ausgleichender Gerechtigkeit auf dem Gebiete privater Fürsorge. Die Sehnsucht nach sozialer Gerechtigkeit war die stärkste Triebfeder seines öffentlichen Wirkens. Bei Charles Hallgarten, der gern und reichlich gab, treffen die Verse zu:

„Er hat so manchen aufgerichtet,  
Der nieder sank in Leid verzagt,  
Wo andere waren mehr verpflichtet  
Und nie hat er nach Dank gefragt.“

Charles L. Hallgarten war am 18. November 1838 in Mainz geboren; er ist also nahezu siebenzig Jahre alt geworden. Sein Vater war Kaufmann und wanderte in den 1850er Jahren nach Amerika aus. In New-York gründete er das Bankhaus Hallgarten & Co., das heute noch besteht und diesen Namen führt. Charles L. Hallgarten war mit seinen Brüdern im väterlichen Unternehmen tätig und brachte es darin zu hohem Ansehen. Vor etwa 25 Jahren verlegte er seinen Wohnsitz nach Frankfurt und hier wandte er sein Interesse und seine Teilnahme der Wohlfahrtspflege und der sozialen Fürsorge mit einer Begeisterung und Opferfreudigkeit zu, daß es schier unmöglich sein dürfte, hier alle seine Schöpfungen und Förderungen auf diesem Gebiete einzeln aufzuführen. Seine Wohltätigkeit, die er mit weiser Umsicht und innerer Anteilnahme übte, kannte keine Grenze. So war von ergreifender Wirkung, was Pfarrer Battenberg an der Bahre des Menschenbeglückers, Charles Hallgarten, in beredten Worten nicht als Vertreter einer Gruppe, sondern als Christ zum Juden sprach. Er führte wörtlich folgendes aus: „Als Christen müssen wir diesem Edelsten der Juden unseren Dank und unsere Verehrung aussprechen. So wahr er die Interessen der jüdischen Gemeinschaft vertrat, so war er wie kaum irgend einer frei von konfessionellen Einseitigkeiten. Er wußte, daß der Herzschlag aller Religionen die Liebe ist, und daß wahre Menschenliebe das Gemeingut aller guten Religionen ist, und keine einzige Konfession das Recht hat, sie besonders in Anspruch zu nehmen. Ich weiß es, wie unendlich sein edles Wirken auch Christen gegenüber war, auch da, wo er offenen Undank erfahren hat, wo er Kampf und Feindschaft erntete für das, was er so freudig an Christen Gutes getan hat. Er ist uns ein Vorbild echter Toleranz, ein Vorbild, daß es etwas Höheres gibt als die Einseitigkeit der Konfession: reines liebevolles Menschentum. So danke ich Dir im Namen der vielen Tausenden von Christen, die Du, ohne nach ihrem Standpunkt zu fragen, oft und reich unterstützt hast. Ruhe sanft, Du warst ein edler Mensch!“

## Umschau.

In unserem Aufruf zu den preußischen Landtagswahlen ist von uns bereits vor Wochen die Bedeutung dieser Wahlen für die preußischen Bürger jüdischen Glaubens hervorgehoben worden. Wenn der Wahlspruch „Deutschland in der Welt voran, Preußen in Deutschland voran“, einen Sinn hat, so kann es nicht ausbleiben, daß in der preußischen Volksvertretung die einen wichtigsten Bestandteil der sozialen Frage bildende sogenannte „Judenfrage“ früher oder später zum Austrag gebracht und — wie wir zuversichtlich hoffen — zu einem befriedigenden Austrag gebracht werden wird. In dieser Erwartung bestärkt uns die Ueberzeugung, daß der Mehrheit des preußischen Volkes auf die Dauer die Verfehrtheit der bisherigen ungenügenden Verwendung der in der jüdischen Bevölkerung zweifellos vorhandenen wertvollen Fähigkeiten für die gesamte Volkswohlfahrt nicht entgehen kann. Es handelt sich deshalb bei der Judenfrage tatsächlich nicht nur um eine Frage des Rechts und der Billigkeit, sondern auch um eine hochwichtige volkswirtschaftliche Angelegenheit, oder, wenn man will, um eine solche des gesunden Menschenverstandes. Und weil dem so ist, können auf die Dauer aller Zauber mittelalterlicher Romantik, aller Wust religiöser Vorurteile, alle Künsteleien der im schroffsten Widerspruch zu der geschichtlichen Entwicklung Preußens stehenden Irrlehren der Rassentheoretiker die Aufklärung nicht verhindern, daß jedes Zugeständnis an den gemeinschädlichen Antisemitismus bei einem Kulturvolk eine Verirrung, und vor allem des preußischen Volkes unwürdig ist. Diese Empfindung ist bereits im Jahre 1847 bei den

### Verhandlungen des ersten vereinigten preußischen Landtages

so vielfach und so deutlich zum Ausdruck gelangt, daß man sich des Gefühls der tiefsten Beschämung nicht erwehren kann, wenn man sich sagen muß, daß eine Erkenntnis, die schon vor mehr als sechzig Jahren bei einer ganzen Reihe von preußischen Volksvertretern vorhanden war, heute noch nicht Gemeingut geworden ist.

Auf so vielen Kulturgebieten haben wir staunenswerte Fortschritte zu verzeichnen, aber auf dem der Vorurteils-

losigkeit in bezug auf Abstammung und auf das religiöse Bekenntnis ist von wesentlichen Fortschritten ebensowenig bemerkbar als von einer allgemein richtigen Auffassung des Begriffs des Staats. Am Vorabend der preussischen Landtagswahlen müssen wir deshalb im Jahre 1908 als deutsche Staatsbürger und als Juden wünschen, daß durch den Ausfall dieser Wahlen endlich ein Vorwärtsschreiten ermöglicht wird oder wenigstens weitere Kulturrückschritte verhindert werden. Bei den Verhandlungen des ersten vereinigten preussischen Landtages erklärte seinerzeit der

#### Abg. v. Vincke,

er könne sich gar kein Bild von der Idee des „christlichen Staates“ machen; der Staat sei ein Komplex von Individuen und könne als solcher keine allgemeine Ueberzeugung haben. Wenn es sich um einen Akt der Gesetzgebung handle, dürfe man sich auch nie von Sympathien oder Antipathien, sondern nur von den Gründen des Rechts und der Religion leiten lassen, die die Gleichstellung aller Bürger unbedingt erfordern. Ähnlich äußerten sich damals die Abg. Mevissen, Hansmann, v. Beckerath, v. Saucken, die Grafen Dyrn und Yorck, sowie der Fürst zu Lynar, und mehrfach wurde beklagt, daß der Entwurf des Judengesetzes vom Jahre 1847, das bekanntlich noch heute Rechtskraft hat, sogar Errungenschaften des Jahres 1812 in Frage stelle. Es wurde betont, daß, wenn die Gegner der Gleichberechtigung der Juden ihren Widerstand mit der Absicht begründeten, einen für die Christen bedenklichen Wettbewerb zu verhindern, gerade darin eine Anerkennung der Fähigkeiten der preussischen Juden liege und für den Staat ein Antriebe, hervorragende geistige Kapazität nicht ungenützt zu lassen. Die Berichte über die damals im preussischen Landtage gehaltenen Reden gewähren den Eindruck, daß nicht nur die heutigen preussischen Juden Grund haben, den Verlust von Errungenschaften früherer Jahrzehnte zu beklagen, sondern daß auch in ganzen politischen Parteien ein Rückschritt zu verzeichnen ist, der zwar nicht numerisch, aber kulturell, bezw. qualitativ ist, und gerade deshalb für sie verhängnisvoll werden muß. Die Judenfrage ist eine Frage des Rechts und der Billigkeit, nicht aber eine Fraktionsangelegenheit; man hat sie nur künstlich zu einer

politischen Parteifrage gemacht. Politische Machthaber haben sie benutzt, ihnen unbequem gewordene Parteien, bei denen sich einzelne Juden in hervorragender Stellung befanden, an die Wand zu drücken; politische Streber benutzten sie als Köder oder Popanz, weil sie auf die Macht der Vorurteile spekulierten, die von vielen Erziehern schon den Kindern eingimpft werden. Den Berufspolitikern gilt eben vielfach der Satz, daß der Zweck das Mittel heiligt; aber früher oder später müssen sie doch immer die Erfahrung machen, daß unmoralische Mittel sehr gefährlich sind.

Der Antisemitismus kann nicht die Grundlage einer wirklich politischen Partei bilden, sondern ist nur ein unmoralischer Auswuchs; die sogenannten antisemitischen Fraktionen sind auch politisch bedeutungslos, aber trotzdem deshalb so schädlich, weil sie wie der Ruckuck ihre Eier in fremde Nester legen, wo sie dann in der Folge der Verblendung der Führer wirklicher politischer Parteien zum Nachteil für die gesamte Volkswohlfahrt ausgebrütet werden. Daraus ergibt sich, daß auch die Bekämpfung des Antisemitismus keine Fraktionsache ist. Selbstverständlich werden

### die liberalen Parteien

zunächst berufen sein, den Schädling beseitigen zu helfen; denn für sie ist die Gleichberechtigung aller Staatsbürger ein Hauptgrundsatz, in dem ihre Sache wurzelt, mit der diese steht und fällt, weil eine Freiheit alle frei macht, weil mit irgendeiner Einschränkung der Gleichberechtigung der Juden alle im Völkerfrühling gewonnenen bürgerlichen Freiheiten in Frage gestellt werden. Dieselbe Strömung, die darauf hinausläuft, der jüdischen Bevölkerungsminderheit gegenüber die mittelalterlichen Vorurteile aufzufrisken, würde unfehlbar alle Dämme brechen, die im Laufe der Zeit zum Schutze der Rechte aller Staatsbürger mühevoll errichtet worden sind. Was der Liberalismus für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Juden getan hat und tut, ist gewiß im hohen Grade dankenswert, aber doch nicht dazu angetan, Judentum und Liberalismus völlig zu identifizieren; es gilt nicht unserer Abstammung oder unserem Religionsbekenntnis, sondern dem Schutze der unverrückbaren Grundpfeiler des Frei-

sinns, der zu jenen Bauten gehört, aus denen man keinen Stein herausnehmen kann, ohne das Ganze zu erschüttern.

Nicht selten ist auch in der letzten Zeit versucht worden, das Judentum als mit der

### Sozialdemokratie

eng verbunden darzustellen, weil auch diese Partei Anhänger unter den Juden zählt, die bei der Wahl der politischen Partei völlig frei handeln und weder durch ihre Religion noch durch ihre Abstammung auf irgendeine Fraktion eingeschworen sind. Wo man die Juden in eine Ausnahmestellung zu drängen und zu entrecchten versucht, werden die Sozialdemokraten, die den Druck der Ausnahmegesetze am eigenen Leibe empfunden haben, folgerichtig energisch Abwehr üben; sie werden auch den Antisemitismus überall bekämpfen, wo er die Fehde gegen die Sozialdemokratie dazu benutzt, rückschrittliche Tendenzen zu fördern. Wo es sich aber um bedrohte religiöse Interessen der Juden handelt, kann sie mit Rücksicht auf ihre Parteigrundsätze nicht für diese einstehen, und sie wird auch den Umstand nicht außer Acht lassen, daß sie dort auf eine reiche Ernte hoffen darf, wo der Antisemitismus den Boden gelockert hat. Wo die Sozialdemokratie für berechnete Forderungen des Arbeiterstandes eintritt, ohne diesen für bestimmte konfessionelle Dinge, z. B. für ein christlich-soziales Programm, zu verpflichten, werden die Juden als humane Arbeitgeber dafür stets sympathisieren. Selbst vielfach zurückgesetzt, sind sie immer bereit, soweit es in ihren Kräften steht, andern Zurückgesetzten nicht nur mit Rat und Tat zu helfen, sondern ihnen auch die Achtung zu gönnen, auf die jeder nützliche und pflichtgetreue Mensch Anspruch hat.

Da die absolute und bedingungslose Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerungsminderheiten auch wesentlich im Interesse des

### Zentrums

ist, hat diese konfessionelle Partei in hervorragendster Weise dazu beigetragen, das Bundesgesetz vom 3. Juli 1869 zu ermöglichen, das die in der preussischen Verfassung bereits kodifizierte Gleichberechtigung gegen die rückschrittliche künstliche Interpretation des § 14 sichergestellt und insbesondere das Anrecht befähigter jüdischer Anwärter auf staatliche An-

stellungen klar zum Ausdruck gebracht hat. Daß auf dem Umwege der Verwaltung auch dieses Gesetz so gehandhabt wird, daß es den preußischen Juden nur mangelhaft zustatten kommt, schmälert das Verdienst des Zentrumsführers Windthorst nicht, der sicher das Beste gewollt hat und auf dessen Traditionen es zurückzuführen sein dürfte, daß bis zu einem gewissen Grade das Zentrum auch jetzt noch, teils im eigenen Parteiinteresse, teils aus Gerechtigkeitsgefühl für die „Parität“ eintritt und Angriffe gegen Einrichtungen der jüdischen Religion abzuwehren sucht. In bezug auf die vielumstrittene Frage des „christlichen Staates“ und insbesondere auf alle das Schulwesen betreffenden Fragen ist aber das Entgegenkommen ein begrenztes, und in einem Teile der Zentrumspresse zeigt sich immer wieder aufs neue eine Hinneigung zum Antisemitismus, die mit den Ueberlieferungen von Windthorst und Lieber im schroffsten Widerspruch steht. Diese bekundet sich insbesondere dadurch, daß einzelne katholische Blätter durch Verbreitung von Ritualmordmärchen und Erzählungen von angeblichen Hostienschändungen aufreizend wirken, dagegen an die Juden die unerfüllbare Forderung stellen, von einzelnen Juden herausgegebene Organe der Tagespresse zu verhindern, Artikel zu veröffentlichen, in denen protestantische Redakteure an katholischen Einrichtungen Kritik üben. Diese Verschiedenheit innerhalb des Zentrums macht es jüdischen Wählern zur besonderen Pflicht, zu individualisieren, zu prüfen, welcher Zentrumskandidat in den Fußstapfen Windthorsts und Liebers wandelt, oder in der Judenfrage eine gegenwärtige Stellung einnimmt. Die „Märk. Volkszeitung“ und noch mehrere andere Zentrumsblätter knüpfen an den Satz unseres Wahlaufsatzes, „soweit dies möglich, die Wahl offener oder verkappter Antisemiten zu verhindern“, die Bemerkung: „Wir hoffen, daß auf Grund dieser Anforderung viele Israeliten für die Zentrumskandidaten eintreten werden.“ Diese Hoffnung kann aber doch nur dort in Erfüllung gehen, wo die Zentrumskandidaten durch ihr Programm Gewähr dafür bieten, daß sie selbst keine „verkappten Antisemiten“ sind, sondern im Sinne Windthorsts mit dahin wirken wollen, daß das von ihm mitgeschaffene Gesetz von 3. Juli 1869 endlich eine Wahrheit werde. Die Stellung der Juden jedem Zentrumskandidaten gegenüber wird naturgemäß

auch von der Haltung der Partei in lokalen Fragen beeinflusst. Die „Trierische Landeszeitung“ beklagt die Haltung der israelitischen Kaufleute, die bei den Stadtverordnetenwahlen in der zweiten Klasse andauernd mit den Liberalen gestimmt haben, und sagt dabei: „Tatsache ist, daß die Juden in Orten, in denen die Anhänger der Zentrumsparthei überwiegen, sich durchschnittlich weit wohler fühlen können, wie in vielen protestantischen Städten und Gegenden. Das werden sie auch selbst gewiß nicht leugnen. Es machen sich aber auch bereits Ansätze geltend, die darauf hindeuten, daß man wenigstens anderswo dieser Lage in etwas Rechnung zu tragen beachtlich ist. Sehen wir einmal auf Köln, dessen lokalpolitische Verhältnisse denen in Trier ziemlich verwandt, aber vom Standpunkte des Zentrums aus weit erfreulicher sind, wie in Trier.“ Die „Landeszeitung“ fügt hinzu: „Die Herren sind ja sonst gute Mathematiker und wissen fein zu unterscheiden. Sie sollten sich auch in Trier nicht einfach durch die bloße Phrase blenden lassen.“ Das sollte die Zentrumspresse selbst zuerst beherzigen; den guten Mathematikern genügen eben tolerante Redensarten nicht; sie rechnen auch damit, wie die Liberalen und wie die Zentrums männer in den letzten Jahren im Landtage in Judenfragen gestimmt haben.

Das von jeder Fraktionspolitik sich fernhaltende Wahlprogramm unseres Central-Vereins schließt jedes Mißverständnis aus und ist so bekannt, daß es für die jüdischen Wähler zum Landtage keiner Richtschnur bedurfte und auch für künftige Reichstagswahlen kaum noch bedürfen wird. Jeder Jude schließt sich beliebig der Fraktion an, die seiner politischen Ueberzeugung entspricht; in keiner aber kann und darf er die Wahl eines Antisemiten fördern helfen, sondern muß diese, auch auf die Gefahr hin, sich von seinen politischen Freunden zu trennen, bekämpfen. Höher als die Partei stehen Vaterland und Mannesehre, und beide schädigt, wer einem Antisemiten die Klinke der Gesetzgebung in die Hand geben hilft. Schwierig ist jedoch scheinbar die Stellung des preussischen Juden, wo dem radikalen Antisemiten gegenüber als aussichtsreicher Kandidat nur ein Konservativer in Frage kommt. In solchem Falle haben unsere Freunde bereits früher fast immer den konservativen Kandidaten offen befragt, wie er sich zu der Gleichberechtigung der deutschen Juden stellt und sie werden dies auch jetzt und künftia tun. Unter



allen Umſtänden aber werden ſie die Wahl eines Antijemiten zu verhindern ſuchen, der ſich offen als ſolcher bekannte, denn das Vorhandenſein einer antiſemitiſchen Fraktion im preußiſchen Landtage und im deutſchen Reichstage, einer Partei, die die Entrechtung der jüdiſchen Mitbürger auf ihre Fahne ſchreibt und die Kühnheit beſitzt, dies mit der angeblichen Minderwertigkeit der Juden zu begründen, iſt ein ſolcher Schimpf für uns, daß dieſem gegenüber alle Bedenken ſchwinden müſſen. Bei der

### **Reichstageserſatzwahl Czarnikau-Kolmar-Gilehne**

wird dieſe Frage akut werden. Dort haben die Agrarier vom „Bunde der Landwirte“ auf die Kandidatur des Gutsbeſizers Schieſelbein-Hammer zugunſten des freikonservativen Landtagsabgeordneten, Landgerichtspräſident Bierck-Ditrowo verzichtet. Man hofft dort nämlich, auf dieſe Weiſe, wie der Vorſitzende des Deutſchen Wahlvereins, Landſchaftsrat Günther-Hammer, in einer Verſammlung der Vertrauensmänner des Vereins ausführte, die Stimmen aller deutſchgeſinnten, auch der politiſch linksſtehenden Wähler auf Bierck zu vereinigen und dadurch die antiſemitiſche Kandidatur des früheren Fleiſchermeiſters Hoffmann in Schneidemühl mit Erfolg abzuschlagen. Hoffmann iſt der Bruder des Königer Fleiſchermeiſters, der in der traurigen Winteraffäre vielfach genannt wurde. Ob die Freijüngigen, dem Beiſpiel der Nationalliberalen folgend, unter ſolchen Umſtänden auf die Aufſtellung einer eigenen Kandidatur verzichten werden, ſteht noch dahin. Daß die

### **Konſervativen.**

wo ein polniſcher Gegenkandidat oder ein radikaler Antijemite Ausſicht auf Erfolg hat, nicht zögern, den jüdiſchen Wählern gegenüber beruhigende Zuſicherungen zu erteilen, die für die künftige Geſtaltung der Dinge von bleibendem Werte ſind, haben die lezten Wahlen gezeigt. In einer am 3. Mai in Anweſenheit des Herzogs von Ratibor in Rybnik abgehaltenen Verſammlung des deutſchvaterländiſchen und des bürgerlichen Wahlvereins entwickelten von den drei Kandidaten, Kreisſchulinſpektor Dr. Rzesniſek, Amtsrichter Steinbrecher in Rybnik und Landrat v. Henſing-

Meß, die beiden ersten ihr Programm, ein freikonservatives und ein nationalliberales, während der dritte Kandidat, Landrat v. Heyking-Meß bemerkte, daß er als alter Abgeordneter sein Programm als bekannt voraussetzen könne. Eines wolle er aber hervorheben; das sei sein allzeit an den Tag gelegtes Bestreben, alle Kreiseingeseffenen in wirtschaftlicher wie in konfessioneller Richtung einander näher zu bringen und da sei er stets auch ein Freund der jüdischen Bevölkerung gewesen und für deren unbestrittene Rechte eingetreten. Auf die Erzielung des konfessionellen Friedens sei stets sein Augenmerk gerichtet gewesen. Diese Ausführungen fanden lebhafteste Anerkennung.

Im allgemeinen darf aber nicht übersehen werden, daß die Agrarier bei ihrem Kampfe gegen die Liberalen die Abneigung gewisser gesellschaftlicher Schichten gegen die Juden weidlich ausgenützt haben und daß dieser rechte Flügel der Partei, der durch keine scharfe Grenzlinie von den Konservativen getrennt ist, den Antijemitismus fördert, trotzdem er das stärkste Interesse daran hätte, die bestehenden Zustände zu erhalten und eine wilde Agitation zu zügeln, die vor dem ländlichen Grundbesitz kaum Halt machen und sich nicht nur gegen das Börsenkapital erhitzen lassen wird. Der Antijemitismus heßt die kaufmännischen Angestellten gegen ihre Prinzipale, die Kapitäne, Offiziere und Mannschaften gegen die Rheber auf, kurz, er heßt gegen alles, was in einer gewissen Verbindung mit dem Kapitalismus zu stehen scheint, und spielt bei der Entfaltung der Begehrlichkeit der Massen ein gefährliches Spiel, das auch für den Großgrundbesitz bedrohlich ist. Wenn die Konservativen unserer Tage politisch so reif wären wie ihre Vorgänger im Ersten vereinigten preußischen Landtag vor 60 Jahren, dann hätten sie den Antijemitismus von sich fern und die antisemitischen Fraktionen nie für bündnisfähig gehalten. Von dieser falschen Auffassung ist der von der „Kreuzzeitung“ beeinflusste Teil der Konservativen trotz aller trüben Erfahrungen noch immer nicht ganz kuriert. Die Mitglieder der

### „Wirtschaftlichen Vereinigung“

sind erst kürzlich von der „Kreuzzeitung“ zum Eintritt in die konservative Fraktion aufgefordert worden, die dadurch kaum einen nennenswerten Gewinn erzielen würde. Die Führer der

### Deutsch-sozialen Partei

denken gar nicht daran, dieser Einladung Folge zu leisten und in eine „Fusion“ zu willigen, bei der der letzte Rest ihrer Selbständigkeit verloren ginge, außerdem aber die „Deutsch-sozialen Blätter“ ins Schlepptau von der „Kreuzzeitung“ genommen würden, die ihnen nach dem für die Antisemiten so kläglichen Ausfall der Wahl in Emden-Norden-Deer bittere Wahrheiten gesagt hat, und neuerdings den von der „Staatsbürger-Ztg.“ eifrig protegierten deutsch-sozialen Abg. Dr. Böhm als einen „nicht beachtenswerten Gegner“ bezeichnet. Das Liebermannsche Organ erwiderte deshalb auf die unwillkommene Einladung: „Was sollen wir in der kleinen Laube der „Kreuzzeitung“ machen, wo die Enge des Raumes auch die Enge ihres geistigen Horizonts bedingte.“ Daran schloß sich nun ein Hinweis auf die von dem konservativen Abg. Pauli am 28. April d. J. im Reichstage abgegebene Erklärung, die „Kreuzzeitung“ sei kein offizielles Organ der konservativen Partei. Die „Kreuzzeitung“ antwortete darauf, daß die Erklärung Paulis mit dem Artikel 15 des deutsch-konservativen Parteiprogramms unvereinbar sei: „Einer gewissenlosen Presse, welche durch ihre Erzeugnisse Staat, Kirche und Gesellschaft untergräbt, ist nachdrücklich entgegenzutreten.“ Daß bei den „Deutsch-sozialen Blättern“, wenn Monarchen den Juden die geringste Huld gewähren, das monarchische Gefühl plötzlich aufhört, daß sie es dann wagen, an dem Träger der Krone ihren Zorn auszulassen, erklärt hinreichend, warum die „Kreuzzeitung“ trotz ihrer eigenen antisemitischen Regungen einer gewissen Presse entgegenzutreten für nötig erachtet. So hat kürzlich der Umstand, daß ein zu einer vierzehntägigen Gefängnisstrafe verurteilter, aber zu einer Geldstrafe begnadigter Automobilfahrer den Namen „Abrahamson“ führt, dem Liebermannschen Organ genügt, in einem „Ein begnadigter Jude“ überschriebenen Artikel die nachstehende zornige Bemerkung zu machen: „Die Könige sind manchmal die erfolgreichsten Zerstörer des monarchischen Gedankens gewesen; am gründlichsten räumen sie mit ihm auf, wenn sie sich durch eine enge Verbindung mit dem Judentum vor ihrem eigenen Volke kompromittieren.“ Derartige Äußerungen sollten wirk-

lich hinreichen, die Konservativen zu überzeugen, wie sehr sie sich durch ihre enge Verbindung mit den Deutsch-Sozialen kompromittieren!

### Die geplante Entfernung des Heine-Denkmal

aus dem Achilleion gewährt zwar den Myrmidonen Liebermanns große Befriedigung, weil sie darin einen Erfolg ihrer seit Jahren konsequent fortgesetzten Begeisterung des ihnen doch nur wegen seiner jüdischen Abstammung verhassten toten Dichters erblicken möchten, söhnt sie aber doch nicht vollständig mit dem Monarchen aus, von dessen Vorgehen in der neu aufgerollten Denkmalsfrage sie doch wohl ahnen, daß es auf ganz andere als auf antisemitische Beweggründe zurückzuführen sei. Ein einzelnes Antisemitenblatt, die „Neue Bayerische Landeszeitung“, stimmt übrigens dem Triumphgeheul der übrigen Antisemitenpresse über die Denkmalsentfernung nicht bei, sondern schreibt, vielleicht, um sich nicht mit der in den bayerischen Volkskreisen vorherrschenden Anschauung in Widerspruch zu setzen: „Wir sind gewiß keine enthusiastischen Verehrer des Dichters Heine, aber mißbilligen gleichwohl die Beseitigung seines Denkmal, welches zugleich die Erinnerung an die unglückliche Kaiserin Elisabeth festhielt, jene vornehme, hochherzige Frau, welche ein besseres Schicksal verdient hätte als durch Mörderhand zu fallen. Solche Denkmäler sollten ebenso heilig und unverleßlich sein wie die Gräber. Vor der Majestät des Todes soll jeder — der Kaiser wie der Knecht, der Christ wie der Jude — ehrfurchtsvoll Halt machen.“

Daß der Konflikt mit den Konservativen auf einen weiteren Rückgang der „Deutsch-Sozialen“ hindeutet, ist unverkennbar; noch mehr aber hat der Verlauf des am 25. April in Leipzig stattgehabten

### 12. Parteitages der antisemitischen Reformer

den Stempel des Niederganges dieser mit den „Deutsch-Sozialen“ in heftiger Konkurrenz stehenden Partei getragen. Die schwach besuchte Versammlung hat sich zumeist mit persönlichen Streitigkeiten beschäftigt, eine ziemlich matte Resolution zum Wahlrecht gefaßt und schließlich unter dem Vorsitz des Abg. Zimmermann einen sogenannten „Reichsbund“ begründet, durch den sie zu besseren finanziellen Verhältnissen zu kommen hofft.

Besonders ausführlich ist dabei über die Frage verhandelt worden, ob man die Schulden der sächsischen Organisation übernehmen sollte. Offenbar, um den Zwist mit den „Liebermännern“ beizulegen, wurde auf dem Parteitage der hessische Antisemitenführer und Herausgeber des „Reichsherold“, Gustav Wallbach, in aller Form aus der Partei ausgeschlossen. Rehnlich erging es dem Abg. Bruhn, wenn man ihn auch nicht wie dem hessischen Kollegen direkt den Stuhl vor die Türe setzte. Mit Rücksicht darauf, daß die antisemitischen Abgg. Bruhn und Gabel im Reichstage mit den Blockparteien für das Börsegesetz gestimmt haben, sah sich der Parteitag veranlaßt, seinen bisherigen zweiten Vorsitzenden, Bruhn, nicht wieder in den Parteivorstand zu wählen. Aus dieser offenen Mißbilligung der Parteigenossen hat er in Folge ihm eigener Dauerhaftigkeit die sonst üblichen Konsequenzen bis jetzt nicht gezogen. Daß die Reformpartei dem früheren Führer des Deutschen Volksbundes Hans v. Mojsch Unterschlupf gewährte, war begreiflich; er hat schon am 1. Mai durch einen Vortrag in Kellers Philharmonie bewiesen, daß er in diesen Kreis paßt. Am Schlusse des erwähnten Vortrages hat er nämlich die Annahme einer Resolution befürwortet, in der es heißt: „Die versammelten deutschen Männer und Frauen erachten es für ihr gutes und durch die „Verfassung“ gewährleistetes Recht, sich die Mitbürger jüdischer Rasse nach Möglichkeit vom Leibe zu halten, namentlich auch in Sommerfrischen und Bädern. Sie erachten daher das Verhalten der Vorkumer Badegäste für durchaus berechtigt und die drastische Art des Vorkumliedes für eine durch die bekannte jüdische Aufdringlichkeit bedingte gesellschaftliche Notwehr. Die durch den Minister v. Moltke angedrohte behördliche Einmischung in die privaten Rechte der deutschen Badegäste würden gegebenenfalls die versammelten deutschen Männer und Frauen für einen indirekten Versuch, die Verfassung zu verletzen, erachten.“ Jede Bemerkung über diesen antisemitischen Kommentar zur Verfassung durch den Herrn Deckoffizier a. D. könnte nur die Komik seiner Leistung abschwächen. Hans von Mojsch dürfte trotzdem für die deutsche Reformpartei eine ebenso würdige Stütze werden, wie Herr Wilhelm Schack für die deutsch-sozialistische Partei ist.

Dieser antisemitische Führer des

### deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes

beging die Unvorsichtigkeit, am 1. Mai in dem Organ des Verbandes, der „Deutschen Handelswacht“, einen von ihm unterzeichneten Artikel zu veröffentlichen, der mit den Worten schließt: „Ein Vergleich unserer Lehrlingsabteilung mit den sozialdemokratischen Jugendabteilungen ist so wenig zulässig, wie ein solcher zwischen einer Stätte edler Geselligkeit und einem verrufenen Lokal.“ Dieser Anwurf veranlaßte den „Vorwärts“, einige Auszüge aus einem im Jahre 1902 gegen den Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verband und seinen Verbandsvorsteher Schack ergangenen Urteile des Landgerichts zu Hamburg abzudrucken. Damals hatte Schack gegen den Verein für Handlungskommiss von 1858 den Vorwurf der falschen Buchführung usw. erhoben. Der Verein für Handlungskommiss klagte gegen den Verband und dessen Vorsteher Schack, der seinen Vorwürfen vor Gericht eine harmlosere Deutung zu geben suchte. Das Landgericht erkannte aber unter dem 16. Mai: „Da jonach die Einwendungen des Beklagten Schack gegen die tatsächlich festgestellten Behauptungen hinfällig sind, der Beklagte Schack aber selbst nicht die Wahrheit dieser Aufstellungen zu behaupten vermag, so ergab sich ohne weiteres, daß derselbe wider besseres Wissen gehandelt hat... Da der Beklagte die Jahresberichte gekannt hat, welche bis Sommer v. J. erschienen waren, so ist ein Zweifel an der Kenntnis der Unwahrheit seiner Behauptungen ausgeschlossen. — Das Verhalten des Beklagten verstieß unzweifelhaft gegen die guten Sitten.“

Der durch diese Notiz wieder aufgerührte, vielfach schon nahezu vergessene Angriff des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes gegen den Verein für Handlungskommiss von 1858 macht es begreiflich, daß bei der in Leipzig stattgehabten

### 25. Generalversammlung des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen

ein Redner (Hoffschulte aus Halle) unter lebhafter Zustimmung der Anwesenden erklärte, die gehässige Art der Bekämpfung des Gegners sei erst durch den deutsch-nationalen Verband

in die Handlungsgehilfenbewegung hineingebracht worden. In dieser von annähernd 1000 Delegierten beschickten Generalversammlung des Leipziger Verbandes sind übrigens dem Vorstande dieses Verbandes wegen seiner überstürzten Verhandlungen mit dem antisemitischen Verbands gehörig die Leviten gelesen worden. So sagte z. B. Hübner-Berlin: „Wenn die Deutsch-nationalen plötzlich glauben, daß das einzige Heil der Handlungsgehilfen in einem Verbands liegt, so mögen sie zunächst den Judenparagraphen streichen, der sie hindert, alle Handlungsgehilfen bei sich zu organisieren.“ Witjchau aus Königsberg meinte: „Wir haben Verpflichtungen gegenüber unseren jüdischen Mitgliedern; wir wollen sie uns gern erhalten. Die Selbstachtung muß uns verbieten, den Deutsch-nationalen die Bruderhand zu reichen, nachdem sie uns zehn Jahre hindurch mit Schmutz beworfen haben.“ Sachs-Breslau erklärt: „Ich fürchte ja nicht, daß ich nach Abschluß dieser Interessengemeinschaft gleich einen Freifahrtsschein nach Palästina bekommen werde. Aber aus Liebe zum Verband möchte ich doch davor warnen, daß wir uns zu tief mit den Deutsch-nationalen einlassen, die nichts tun als Giftpflanzen züchten.“ Auch die Vertreter der süddeutschen Abteilungen des Verbandes erklärten sich gegen jede Fusion. Der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband habe mit seiner unglaublich skrupellosen Hebe und seiner Agitation die Gelder der Mitgliedschaften so stark in Anspruch genommen, daß unter diesen das Bedürfnis nach Frieden allgemein geworden sei. Deshalb strebe er eine Verständigung an. Schließlich einigte man sich über folgende Resolution: „Die Generalversammlung billigt den Versuch einer sozialpolitischen Verständigung mit dem Deutsch-nationalen Verbands und hofft, daß andere Verbände sich dem anschließen werden.“ Damit sind die Fusionsbestrebungen ins Wasser gefallen.

### In Oesterreich

wehren sich die Staatsbürger jüdischen Glaubens mit rühmenswürdiger Einnützigkeit gegen jeden antisemitischen Vorstoß gegen die Rechtsgleichheit. Der Budgetausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hatte die Regierung ersucht, den Zutritt den Juden zu den Militärschulen zu beschränken. Um diesen Eingriff in die staatsbürgerlichen Rechte der Juden zurück-

zuweisen, hat die Oesterreich-Israelitische Union am 13. April in Wien eine Protestversammlung veranstaltet, in der eine Resolution vorgeschlagen wurde, die darauf verweist, daß jener Beschluß des Budgetausschusses in flagrantem Widerspruch zu dem Gesetze vom 21. Dezember 1867 stehe und eine Aufforderung zum Verfassungsbruche bedeute. Der Schluß der einstimmig angenommenen Resolution lautet wörtlich: „Wir erblicken in dem Umstande, daß die Regierung nicht schon vor der Abstimmung im Budgetausschusse die Verfassungswidrigkeit der beantragten Resolution mit aller Bestimmtheit gekennzeichnet und deren Annahme zu verhindern gesucht hat, eine offenbare Vernachlässigung ihrer beschworenen Pflichten und fordern dieselbe auf, diese ihre Pflichten bei der Plenarberatung zu erfüllen.“ Bei der Beratung des Rekrutengesetzes hielt der Abg. Dr. Straucher im österreichischen Parlament eine geharnischte Rede über militärische Verhältnisse und betonte dabei, daß sich seit der Amtswirksamkeit des Generaloberstabsarztes Dr. v. Ariel das militärärztliche Leben zu seinem Nachtheile verändert habe, weil er bei den Anstellungen eine konfessionelle Auslese mache und die Purifizierung des militärärztlichen Offizierkorps von den jüdischen Ärzten betreibe, unbekümmert darum, daß die Folgen dieses Systems schädliche sind und einen Ärztemangel bedeuten würde. Von 1901 bis 1906 sei kein Jude aktiver Militärarzt geworden! Der Redner schloß mit den Worten: „Wir haben nur die Tribüne hier in diesem Volkshause, wo wir unsere Wünsche und unsere Klagen, unsere Beschwerden und unsere Forderungen vorbringen können, und wir erwarten, daß jene Parteien, deren Programm Recht und Gerechtigkeit ist, uns zu dem gebührenden Rechte verhelfen werden.“

Diese Aeußerung Strauchers trifft auch auf die Verhältnisse der Juden in anderen Ländern zu. Die österreichischen Minister würden bei dem mächtigen Einflusse, den die christlich-soziale Partei auf die Regierung auszuüben vermag, aller Wahrscheinlichkeit nach sich dem antisemitischen Terrorismus gegenüber noch nachgiebiger zeigen, wenn sie es nicht peinlich empfänden, von freimütigen Rednern ihr Gebahren gekennzeichnet zu hören. In



### Rußland.

wo die dritte Duma kaum Anspruch darauf macht, als parlamentarisches Forum zu gelten, hätten die antisemitischen Fanatiker Krupensky und Purischewitsch ihren auf vollständige Entrechtung der Juden hinauslaufenden Antrag, „alle Juden zwischen 18 und 50 Jahren gegen eine Jahreszahlung von zehn Rubel von der Militärpflicht zu befreien“, zweifellos durchgesetzt, wenn nicht der freisinnige Redner Roditschew den Mut besessen hätte, die Abscheulichkeit dieses Vorschlages und seine voraussichtlichen traurigen Folgen für Rußland mit scharfen Worten darzulegen. Seine Rede schloß mit den Worten: „Der Antisemitismus ist der Sozialismus der Dummen. Gebt den Juden Rechte; ihr könnt ihnen alsdann auch Pflichten auferlegen! Betretet den Weg des Rechts und der Gerechtigkeit; das ist der Weg, ein starkes und mächtiges Rußland, eine starke und mächtige Armee zu schaffen.“ Darauf wurde der antisemitische Antrag mit bedeutender Stimmenmehrheit abgelehnt. Der antisemitische Verband des russischen Volkes steht zwar mit den konservativen Mitgliedern der Duma in so enger Verbindung, daß von dieser Volksvertretung für die Juden wenig zu hoffen ist, aber immerhin ist sie doch die einzige Instanz, die sie anrufen können und werden und in der die Sprache der Wahrheit und des Rechtes hoffentlich nicht ganz verhallen wird.

A. L.



### Korrespondenzen.

**Berlin, 20. Mai.** Zum Vergnügen der Deutschen Nationalen Handlungsgesellschaften trägt es bei, wenn jüdische Chefs sich dieser, in jüdische Geschäfte nicht gehörigen Elemente entledigen. So schreibt die D. H.-Wacht vom 1. Mai 1908 im Briefkasten:

Die jüdische Firma J. Bähr, Eisenwarenhandlung Karlsruhe, hat bereits mehrere Angestellte vor die Wahl gestellt, aus unserem Verband auszutreten oder die Stellung zu verlassen. Unsere Mitglieder haben mit Vergnügen die Stellung aufgegeben. Firmen, die auf diese Weise gegen

die guten Sitten verstoßen, sind meistens auch in anderen Beziehungen nicht zu empfehlen.

Merkwürdig, Juden, welche den Antisemiten zu verdienen geben, werden von letzteren gern gesehen, verstoßen nicht gegen die guten Sitten und sind auch in andern Beziehungen zu empfehlen. Noch nie hat wohl ein Deutschnationaler eine gute Stellung aufgegeben, weil er jüdisches Geld nicht nehmen wollte. Das „Vergnügen“, die Stellung zu verlieren, macht er sich erst, wenn der jüdische Chef es ablehnt, einem Anhänger des Erz-Antisemiten Schack sein Vertrauen länger zu schenken. Wir lieben unsere Feinde so innig, daß wir ihnen allen das Vergnügen, von dem Herr Schack spricht, gönnen. Aber Herr Schack ist vorsichtig; seine „jungen Freunde“, wie er salbungsvoll seine Schäflein zu nennen liebt, könnten ihm, wenn er ihnen andere Stellen verschaffen soll, doch lästig fallen. Darum steht gleich unter der ersten Briefkastennotiz eine zweite:

Ihre Erkenntnis ist zweifellos richtig. Es liegen unzweideutige Anzeichen dafür vor, daß die ungünstige wirtschaftliche Lage weiter nachteilig wirkt auf den Arbeitsmarkt. In dieser Zeit sollte niemand seine Stellung leichtfertig aufgeben, denn die Aussichten, schnell wieder Stellung, — vor allem bessere Stellung — zu erhalten, sind nicht günstig.

Also sollen nach Schack, bis bessere Zeiten kommen, seine Freunde nur ruhig Judengeld annehmen, bis sie sich das „Vergnügen“ machen können, sich an die frische Luft setzen zu lassen.

— Der Gesamtauschuß des Verbandes der deutschen Juden war am 10. Mai d. J. in Berlin versammelt. Die Versammlung war von 38 Teilnehmern aus allen Teilen des Reiches besucht. Von den gefaßten Beschlüssen ist hervorzuheben: Durch eine Eingabe an das preußische Kultusministerium soll die Anregung gegeben werden, auch hier wie in anderen Bundesstaaten leistungsschwachen jüdischen Gemeinden durch Staatsmittel zu helfen. Die Schritte, welche wegen allgemeiner Durchführung des Religionsunterrichts an höheren Lehranstalten zu unternehmen sind, sollen zunächst vom Verbandsverbande gemeinsam mit dem Rabbinerverband und dem Gemeindebunde vorbereitet werden. Der Vorsitzende des Ver-

bandes der jüdischen Lehrervereine, Rektor Feiner in Hamburg, wurde dem Ausschusse zugewählt. Die Mitteilung, daß die vom Verbande veranlaßte Arbeit des Herrn Dr. Freund über das in Preußen geltende jüdische Schulrecht im Drucke vollendet ist und in nächster Zeit im Buchhandel erscheint, wurde mit Befriedigung aufgenommen.

— Die Ueberleitungs-Kommission des „Verbandes der deutschen Juden“ und des „Deutsch-israelitischen Gemeindebundes“ hat kürzlich den deutschen Synagogen-Gemeinden und auch anderen Beteiligten die von ihr herausgegebenen „Fingerzeige für die in Preußen bestehenden jüdischen Gemeinden zur Wahrung ihrer Interessen bei der Ueberleitung des Schulwesens in die vom Gesetz vom 28. Juli 1906 geordneten neuen Verhältnisse“, zugehen lassen. Diese sorgsam ausgearbeiteten Fingerzeige geben willkommene Aufschlüsse über die Staatsmittel für jüdische Volksschulen, die Beschaffung des jüdischen Religionsunterrichts, die Beiträge der bürgerlichen Gemeinden zu jüdischen Volksschulen und über die Schuldeputationen und Schulvorstände.

— Die Mitglieder der „Deutschen Konferenz-Gemeinschaft der Alliance israélite universelle“ haben einstimmig an Stelle des heimgegangenen Charles L. Hallgarten, Herrn Philipp Schiff in Frankfurt a. M. zum stellvertretenden Präsidenten der Deutschen Konferenz-Gemeinschaft gewählt.

?? **Burg** bei Magdeburg, 20. Mai. Ein bei dem Landwirt Finke im Nachbarort Niegripp bediensteter Knecht, Johann Richter aus Konitz hatte sich durch allerlei Redensarten über den vor längerer Zeit in Konitz an dem Gymnasiasten Ernst Winter verübten Mord derart verdächtig gemacht, daß sich ein dortiger Einwohner veranlaßt sah, ihn unter Vorwänden hierher nach Burg zu bringen, wo die dann benachrichtigte Polizei alsbald seine Verhaftung veranlaßte. Der Knecht Richter ist aber inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da sich seine völlige Unschuld herausstellte. Er hatte nur in der Bierlaune allerlei verdächtige Aeußerungen über den Konitzer Mord getan, auf Grund deren sich sein Dienstherr zur Er-

stattung einer Anzeige verpflichtet glaubte. Das „Tageblatt für den Jerichowschen Kreis“ teilt mit, daß Richter als Täter oder Mittäter nicht in Betracht komme, daß aber auch, was er über andere Personen in dieser Angelegenheit geäußert hat, einstweilen mit großem Vorbehalt aufzunehmen sei. Daß die amtlichen Stellen in dieser Sache strengste Verschwiegenheit walten lassen, sei gerechtfertigt. Danach scheint die Sache doch weiter verfolgt zu werden.

\*\* **Posen**, 5. Mai. In einer jüdischen Zeitschrift, deren Posener Berichterstatter bei jeder, wenn auch noch so unpassenden Gelegenheit sich an der Leitung unserer Posener Ortsgruppe zu reiben sucht, war am 26. April folgendes zu lesen: „Posen. Die „gemäßigten Israeliten“ der Posener Stadtverordnetenversammlung haben ihren altüberkommenen Grundsatz vom „gleichen Recht für alle“ wieder einmal glänzend auf einem jüdischen Gebiet praktisch betätigt. Das evangelische Diakonissenhaus sollte nach einer Magistratsvorlage eine städtische Subvention von 100 000 M. erhalten. Die polnischen Stadtväter verlangen aus Paritätsgründen für das katholische Krankenhaus 20 000 M., die jüdischen Stadtverordneten haben keine „Sonderwünsche“. Erst der neue „Verein für jüdische Interessen“ veranlaßte das jüdische Lazette Krankenhaus zu einem direkten Antrage auf 10 000 M. Abstimmungsresultat: evangelisch: 100 000 M. angenommen (Segner nur Polen); katholisch auf 10 000 M. herabgesetzt. (Majorität Deutsche und Juden); jüdisch: 10 000 M. angenommen, (dafür Konservative, Polen und nur 3 Juden, dagegen: die freisinnige Fraktion mit ihrer jüdischen Majorität). Jedenfalls ist es hochinteressant und — charakteristisch zugleich, daß gegen die Subvention eines jüdischen Krankenhauses nur die christlich-deutschfreisinnigen Stadtväter und die Wortführer des Posener „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“: Placzek, Kirchner und Drgler, gestimmt haben. Wir sind neugierig, was „Geheimrat Cohn“ dazu sagen wird!“ — Da in Posen kein Geheimrat Cohn existiert und die dortigen Vereinsmitglieder über Ursprung und Zweck dieses „Homunkulus“ völlig im klaren sind, wird die Neugierde des Urheberers der vorstehenden Notiz leicht zu befriedigen sein. Dieser Herr hat offenbar keine Ahnung davon, wie widersinnig es

ist, von einem jüdischen Stadtverordneten zu verlangen, bei jeder Abstimmung nachzuweisen, daß er nicht aus konfessionellen Gründen in bestimmter Weise gestimmt habe. Was aber überhaupt auf die Berichte dieses Herrn zu geben ist, erhellt aus dem vorliegenden Nachwerk so deutlich, daß unseren Mitgliedern nicht vorenthalten bleiben soll, was sich der Betreffende aus den Sängern gezogen hat. Herr Rechtsanwalt Kirchner war in Folge eines Krankheitsfalls in seiner Familie bei der Abstimmung über die Beihilfe zum Bau der Lajchen Krankenanstalt gar nicht in der Versammlung anwesend. Die Herren Justizrat Placzek und Rechtsanwalt Dr. Drgler, die sehr geschätzte Vereinsmitglieder, aber weder Vorstandsmitglieder noch Wortführer unserer Posener Ortsgruppe sind, haben für die Magistratsvorlage gestimmt, der Lajchen Krankenanstalt eine Unterstützung zu gewähren, aus wohlwollenden Gründen aber gegen den Antrag des Referenten, 10 000 M. zu bewilligen, weil die Anstalt genügende Mittel besitzt, für ihre Leistungen Bezahlungen erhält und die konfessionellen Anstalten gewährten Beihilfen ein gewisses Maß nicht überschreiten sollten, da die Sorge für genügende Krankenhäuser eine öffentlich-rechtliche Pflicht der Stadtgemeinde ist, die so viele Krankenhäuser zu bauen hat, als erforderlich sind, dem Bedürfnisse zu genügen.

X. **Schwetz a. W.**, 9. Mai. Im kräftigsten Mannesalter ist hier am 7. Mai ein treues Vereinsmitglied, der Vorsteher der Repräsentanten-Versammlung der hiesigen Synagogen-Gemeinde, Kaufmann Julius Leß, verstorben. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung widmen ihm einen Nachruf, in dem es heißt: „Mit den schwergeprüften Angehörigen und vielen Freunden des Entschlafenen trauern wir um den Verlust eines Mannes, der als Bürger, Stadtvertreter und Armendeputierter sich ein dauerndes Andenken unter uns erworben hat, welches wir ihm bewahren werden.“

m. **Bremen**, 16. Mai. Ende Dezember des vorigen Jahres wurde hier die zerstückelte Leiche der Buchdruckerswitwe Marie Kruege, geborene Bulling, gefunden und alsbald als der Mörder ein aus Hessen stammender, in Amerika ansässiger Gutsbesitzer Henry Ludwig Haas ermittelt, der

inzwischen die Fahrt nach Pernambuco angetreten hatte, wo er nach seiner Ankunft verhaftet wurde. Die Auslieferungsverhandlungen mit den brasilianischen Behörden nahmen sehr lange Zeit in Anspruch, und als der Mörder endlich ausgeliefert werden sollte, machte er vor wenigen Tagen auf der Fahrt von Antwerpen nach Bremen an Bord eines Lloyd-Dampfers seinem Leben durch Erhängen ein Ende und entging so dem irdischen Richter. Der Vorfall ist insofern von Interesse, als das Wiener „Deutsche Volksblatt“, das in bezug auf Verleumdung der Juden allen anderen Antisemitenblättern den Rang streitig macht, die Nachricht von der Verhaftung des Haas am 8. Januar d. J. mit der jetztgedruckten Ueberschrift „Verhaftung eines jüdischen Frauenmörders“ veröffentlichte, und in der Notiz ihn als einen „jüdischen“ Plantagenbesitzer bezeichnete. Daß das Wiener „Volksblatt“ diese Angabe der Konfession des Haas ohne irgendeine tatsächliche Unterlage aufgestellt habe, war dem hiesigen Vertreter des Central-Vereins nach den hier an maßgebender Stelle sofort eingezogenen Erfundigungen nicht zweifelhaft. Ein bestimmter Nachweis der Konfession des Frauenmörders war trotz aller Bemühungen aber erst jetzt, nach Landung seiner Leiche in Bremerhaven, zu erlangen. Danach war Haas aus Groß-Gerau gebürtig, wo seine Eltern als evangelische Christen lebten; er hat auch nachweislich nie etwas mit Juden zu tun gehabt. Das erfindungsreiche Wiener „Volksblatt“ wird aber voraussichtlich trotzdem die Weisheitsquelle der deutschen Antisemitenpresse bleiben.

q. **Zwickau** i. Sachsen, 5. Mai. Infolge einer persönlichen Vorstellung bei den hiesigen höchsten Gerichtsbehörden hat hier die langjährige Ausschließung der jüdischen Bürger von dem Ehrenamte der Geschworenen endlich ein Ende erreicht. In der nächsten Schwurgerichtsperiode wird hier zum ersten Male ein Zwickauer Bürger jüdischen Glaubens als Geschworener amtieren.

P. **Darmstadt**, 3. Mai. Der israelitische Religionslehrer Siegfried Gold in Dornheim war vom dortigen evangelischen Geistlichen beschuldigt worden, gelegentlich der Beerdigung einer israelitischen Frau unbefugt die Amtskleidung

der evangelischen Geistlichen getragen zu haben. Er erhielt einen Strafbefehl, lautend auf fünf Mark wegen Uebertretung des § 360, 8. Str.=G.=B., erhob darauf Einspruch, da er als israelitischer Kultusbeamter zum Anlegen der allgemein üblichen Tracht berechtigt gewesen sei. Das Schöffengericht zu Großgerau sprach ihn deshalb frei.

† **Freiburg i. Br.**, 15. Mai. In dem neuesten Prospekt der Kurverwaltung von Königsfeld im badischen Schwarzwald, einem Höhenort, der 1806 als Kolonie der Evangelischen Brüdergemeinde in Herrenhut gegründet wurde, findet sich folgende Bemerkung: „Der christliche Charakter des Ortes bedingt auch christliche Hausordnung in den meisten Häusern, Hotels und Pensionen, weshalb Israeliten ihn nicht aufsuchen.“ In einem früheren Prospekt soll der Besuch von Juden direkt verboten worden sein. Trotz dieser andern Ausdrucksweise empfiehlt es sich nicht, daß Juden diesen Ort aufsuchen. (Vgl. Liste der antisemitischen Erholungsorte.)

\*

## Vereinsnachrichten.

— Um die Verschmelzung der Vereinigung Badischer Israeliten, unseres jetzigen Landesauschusses für das Großherzogtum Baden, mit dem Central-Verein möglichst zu vervollständigen, sind Herr Stadt- und Konferenz-Rabbiner Dr. Appel und Herr Stadtrat Friß Homburger, beide in Karlsruhe, in den Central-Vereins-Vorstand kooptiert und mit der Vertretung der Zentrale in dem Vorstand des Landesauschusses für das Großherzogtum Baden (Vereinigung Badischer Israeliten) unsere beiden Vorstandsmitglieder, Herr Dr. Curt Pariser-Homburg und Herr Dr. Jos. Lewy-Berlin betraut worden. — Die unserm Mitgliederverzeichnis für 1908 beigelegte Bitte an unsere Mitglieder, für unsern Verein neue Mitglieder zu werben, hat im Verlaufe der letzten Wochen bereits den Erfolg erzielt, daß von den unserm Verzeichnis beigelegten roten Beitrittskarten eine sehr ansehnliche Zahl

dazu benutzt worden ist, uns insgesammt bis jetzt gegen 450 neue Mitglieder anzumelden und auch eine größere Anzahl von Beitrittserhöhungen uns anzuzeigen. Wir drücken allen, die auf diese Weise unsere Bestrebungen gefördert haben, hiermit unsern Dank aus und hoffen, daß noch eine größere Anzahl Beitrittskarten, in ähnlicher Weise ausgefüllt, in unsern Besitz gelangen wird. Je mehr der Verein sich vergrößert, je mehr seine finanziellen Hilfsmittel verstärkt werden, desto aussichtsvoller gestaltet sich unser Kampf für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens.

— Die jüngste Central-Vereins-Gruppe **Schöneberg** hat am 29. April in dem großen Mozart-Saale eine gutbesuchte Versammlung abgehalten, die einen sehr anregenden Verlauf nahm, und eine ansehnliche Zahl von Gästen veranlaßte, sich teils sofort, teils bald nach der Versammlung dem Central-Vereine als Mitglieder anzuschließen. Nach einer Begrüßungsansprache des Herrn Dr. Georg Joachim hielt der erste Vorsitzende des Gruppenvorstandes, Herr Stadtverordneter Rechtsanwalt Leopold Gottschalk, einen Vortrag über das Thema: „Sind die deutschen Juden gleichberechtigt?“ Der Redner schilderte in lebhaften Farben, wie in Deutschland der Kampf um die Gleichberechtigung der Juden vor etwa hundert Jahren seinen Anfang nahm, die preußischen Juden unter dem Einfluß der liberalen Staatsmänner durch das Edikt vom Jahre 1812 endlich in eine bessere Stellung gelangten, sich dann in dem Befreiungskriege durchaus würdig erwiesen, aber trotzdem durch einen auf dem Wiener Kongreß zuwege gebrachten Diplomatenkniff wieder um einen Teil der Errungenschaften geprellt wurden. Unter dem Einfluß der „Heiligen Allianz“ und der Machtstellung des Zaren Nikolaus auch in Preußen noch mehr herabgedrückt, erfuhren sie erst im Jahre 1847 eine Besserung, weil der freiheitliche Aufschwung in Frankreich auch auf Preußen zurückwirkte und zu einer einheitlichen Ordnung der jüdischen bürgerlichen Verhältnisse durch die Judenordnung vom Jahre 1847 den Anlaß gab. Dieses Judengesetz war aber nicht so freisinnig wie das Edikt von 1812, regelte zwar die Verwaltung der Synagogengemeinden, ließ aber den jüdischen Kultus und die



Lehre des Judentums völlig unbeachtet. Der Vortragende bezeichnete es als ein unvergängliches Verdienst Gabriel Rießers, daß er dieser Tendenz gegenüber in jener Zeit mannhaft für den Grundsatz eintrat, daß die Rechte der Juden unzertrennlich seien von der Rechtsstellung der jüdischen Religion und daß die Gleichberechtigung der Juden erst dann eine vollständige sein könne, wenn der Staat die jüdische Religion als eine anerkannte würdige und schütze. Für die Männer der Paulskirche war im Jahre 1848 die Frage der Gleichberechtigung eine Hauptsache; mit der politischen Reaktion tauchte aber bald darauf die Fiktion des „Christlichen Staates“ auf, die die Juden jahrelang wieder empfindlich schädigte, bis die liberale Aera ihre Lage aufs neue wesentlich verbesserte. Der Umschwung der Wirtschaftspolitik, dem sich später die zu den Führern der Liberalen gehörenden Juden Bamberger und Lasker entgegenstellten, ließ es dem leitenden Staatsmann angezeigt erscheinen, die im Jahre 1878 entstandene antisemitische Bewegung zu fördern, um in den Juden den Liberalismus zu treffen, der an die Wand gedrückt werden sollte. Die Haupterrungenschaft der Juden während der Blütezeit des Liberalismus, das Gesetz vom 3. Juli 1869, blieb seitdem zwar bestehen, aber es kam nicht zur vollen Anwendung, und was die Politik nicht zum Nachteil der Juden bewirkte, das taten der von Stöcker entfachte Religionshaß und die von schönrednerischen Pseudogelehrten verbreitete Rassen-theorie. Seitdem sind die preußischen Juden nicht viel weiter gekommen. Nach dem klaren Wortlaut der Verfassung sind sie gleichberechtigt, nach dem Bundesgesetz vom Jahre 1869 stehen ihnen alle Aemter offen, zu denen sie die nötigen Fähigkeiten besitzen, in Wirklichkeit aber finden sie in der Verwaltung keine Anstellung, und die militärische Laufbahn ist ihnen nahezu vollständig verschlossen, während in Staaten, die Verbündete des deutschen Reiches sind, Juden in den Heeren hohe Stellungen bekleiden und sich in diesen bewähren. Die konservativ-liberale Paarung hat bis jetzt auch noch nicht dazu geführt, die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Juden durchzusetzen. Um so nötiger ist es, daß sich die preußischen Juden am politischen Leben betheiligen und in einer epochalen Zeit beweisen, daß diese kein kleines Geschlecht findet, daß sie sich auch fest zusammen-

schließen im Central-Verein, weil nur ein solcher Zusammenschluß die Möglichkeit gewährt, auch im politischen Getriebe eine gemeinsame Stoßkraft auszuüben. Der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn sie im Geiste der Ahnen fest zusammenhalten. — Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. Im Namen des Central-Vereins-Vorstandes dankte Herr Rechtsanwalt Dr. Brod n i z dem Vortragenden und betonte, daß der Kampf für die Gleichberechtigung nicht nur für die Juden geführt werde, sondern ein Kampf für ein Naturrecht und für die allgemeine Kultur sei. Dabei dürften die Frauen, die Erzieherinnen der Kinder, nicht zurückbleiben; denn die Jugend, die die Zukunft für sich habe, müsse für diesen edlen, aber schweren Streit erzogen und gestählt werden. Das am 15. Mai in Kraft tretende Vereinsgesetz ermögliche es den Frauen, vollberechtigte Mitglieder des Central-Vereins zu werden und sich in diesem das Rüstzeug für diesen Beruf zu holen. Ihr Beitritt sei in hohem Grade erwünscht, ihre Mitarbeit fast unentbehrlich. — Der gleiche Gedanke wurde von Herrn Rabbiner Dr. U t e r m a n n = B r a n d e n b u r g zum Ausdruck gebracht, der der Arbeit des Central-Vereins und der Ortsgruppe Schöneberg die besten Erfolge wünschte, und betonte, daß diese nicht ausbleiben würden, wenn die Frau, die Hüterin der Treue und Standhaftigkeit, den Kämpfern für Recht und Wahrheit tatkräftige Unterstützung leihen würde. Beiden Rednern wurde Beifall gezollt, und auch die von Herrn Dr. D o m k e gebotenen, sich besonders auf den politischen Teil des Hauptvortrages beziehenden Ergänzungen, erweckten lebhafteste Kundgebungen der Zustimmung. In dem Schlußwort gab der Referent nicht nur seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Versammlung mit seinen Ideen übereinstimme, sondern auch dem Wunsche, daß dem Unwesen der systematischen Verleitung der Juden zum Glaubenswechsel, das darin bestehe, daß der Staat auf die Verleugnung der religiösen Ueberzeugung die Prämie der Anstellungsfähigkeit setze, endlich ein Ziel gesetzt werde.

A. L.

— Einen neuen Beweis dafür, daß die Bewohner von Borkum einsehen, wie schmachvoll und nachteilig ihnen das Treiben der antisemitischen Badegäste ist, liefert uns folgende Mitteilung unseres Vereinsmitgliedes, Herrn Erich Friedländer in Kottbus: „Mit Bezugnahme auf Ihren Artikel

über das Borkumlied im Herrenhause in Ihrer Zeitschrift, Nr. 5, erlaube ich mir, Ihnen folgendes zur eventuellen Verwendung mitzuteilen. Vor einigen Wochen empfing ich einen Prospekt des Nordsee-Hotel, Besitzer F. Schmidt, Nordseebad Borkum, und gleichzeitig die Mitteilung, daß Borkum neben vielen Vorzügen nunmehr einen ruhigen (fettgedruckt) Kuraufenthalt gewähre, weil die Abendkonzerte nicht mehr störend einwirken. Ich schrieb darauf an den Besitzer des Nordsee-Hotels, F. Schmidt, und teilte mit Bezugnahme auf seinen Prospekt mit, daß ich die Absicht hätte, in diesem Jahre meinen Sommeraufenthalt in Borkum zu verleben, daß ich Jude sei, in seinem Hotel wohnen und bereits jetzt für mehrere Wochen ein Zimmer bestellen würde, wenn er mir garantiere, daß antisemitische Pöbeleien in seinem Hotel nicht vorkämen, damit der angepriesene ruhige Aufenthalt tatsächlich vorhanden wäre. Als Antwort empfing ich: „Im Besitz Ihres werthen Schreibens teile Ihnen mit, daß ich Sie in jeder Weise in Schutz nehmen werde, eine Garantie für Andersdenkende zu geben ist mir jedoch nicht möglich!“

Mehr kann man zunächst von den Bewohnern von Borkum nicht verlangen. Gegen antisemitische Pöbeleien einzelner Badegäste wird die Polizeiverwaltung, wenn sie sich nicht einer Pflichtvergeßlichkeit schuldig machen will, den etwa nötigen Schutz gewähren.

— Wir haben die Redaktion der von vielen Juden gern gelesenen Zeitschrift „Ueber Land und Meer“ darauf aufmerksam gemacht, daß in einem in ihrem Blatte veröffentlichten Artikel Friedrich Vertels „Im ostmärktischen Ansiedlungsgebiet“ sich eine Stelle vorfinde, deren jüdenfeindliche Tendenz uns mit der sonst parteilosen Haltung der Zeitschrift im Widerspruch zu stehen scheine. Wenn der Bauer die schnelle jüdische Hilfe den langwierigen Formalitäten der Raiffeisenvereine oder der Hilfe des Fiskus vorziehe, der zwar nur  $3\frac{1}{2}$  % Zinsen, aber außerdem  $3\frac{1}{2}$  % für die Amortisation verlange, so sei das doch weder dem Bauer noch dem jüdischen Geschäftsmann zu verübeln. Wohl aber könne man es dem Verfasser des Artikels verübeln, daß er dem Juden die Absicht insinuiert, bei dem billigen Darlehn durch den Vorbehalt

sofortiger Kündigung den Bauer um Hof und Gut zu bringen. Erfahrungsmäßig sei das Gegenteil der Fall; der Bauer ziehe den jüdischen Darleiher vielmehr gerade deshalb vor, weil dieser eher eine Stundung gewähre als der Fiskus und als die sich an ihren strengen Formalismus haltenden Vereine. Die Redaktion hat uns darauf geantwortet, irgendeine antisemitische Tendenz liege ihr natürlich völlig fern, aber — was die wirtschaftspolitische Seite der Frage betreffe, sei sie geneigt, sich auf die Seite des Verfassers zu stellen, dessen gewiß objektive Schilderung auf genauer Sachkenntnis beruhe. (?) Die Rasse als Religion spiele dabei für sie gar keine Rolle; sie hege die angenehme Erwartung, daß uns diese Erklärung genügen werde. — Diese Erwartung erfüllt sich nicht; wir müssen die Erklärung als ganz ungenügend bezeichnen, denn wenn Friedrich Dertel die Situation mit den Worten schildert: „Wenn der Herr vielleicht Geld brauchen usw.“, soll dies unverkennbar einerseits auf eine Verlockung seitens der Juden, andernfalls eine Raubenbuckelei veranschaulichen — und wenn in dem Artikel weder Rasse noch Religion eine Rolle spielen, warum spricht der Verfasser, der doch wissen muß, daß auch Christen Geld verleihen, nicht von einem privaten Geldverleiher, sondern von einem „Juden“? Wer so schreibt, befolgt bewußt oder unbewußt die antisemitische Verallgemeinerungsmethode, und kann sich nicht wundern, wenn er über Land und Meer nicht mehr für völlig vorurteillos gilt.

— Frau Direktor Dr. Minden hat auch in diesem Jahre an dem Todestage unseres immerwährenden Vereinsmitgliedes Herrn Albert Hirschland dem zu seinem Gedächtnis begründeten „Fonds für Rechtsschutz-zwecke“ am 25. Mai Tausend Mark überwiesen und damit unsere Bestrebungen in dankenswertester Weise gefördert.

\*

### Briefkasten.

**R. G., Berlin.** Dieser von Ihnen berührte Werdegang erregt bei den Antisemiten eine für uns höchst erfreuliche Mißstimmung. In einer Besprechung des Münzerschen Romans „Der Weg nach Zion“ schreibt die uns ganz besonders gewogene „Deutsche Tageszeitung“ in der ihr eigentümlichen

galligen Weise: „Diese Zionisten fühlen sich bemüht, für die „staatsbürgerlichen“ Rechte der deutschen Juden zu kämpfen und den „Antisemitismus“ abzuwehren, obwohl nach der echten, ursprünglichen Auffassung des Zionismus dies alles sie eigentlich herzlich wenig anzugehen hätte; denn der Zionismus wollte die Juden doch gerade herausziehen aus der Illusion, daß es ihnen jemals gelingen könnte, den Antisemitismus zu besiegen. Uebernahmen sie, die Zionisten, aber jene Illusionen, so ist nicht einzusehen, weshalb sie sich nicht ganz mit dem „Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ oder mit dem „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ verschmelzen sollten. Bei den Deutschen jedoch läge alsdann kaum noch ein Anlaß vor, sie anders zu werten als die Gemeinschaft jener beiden Vereine.“

**W. Th., Berlin.** Das fromme Blatt „Der Reichsbote“ hat am 9. Mai einen durch Sachkenntnis nicht allzusehr getrühten, drei Spalten füllenden Artikel über „die Verbrüderung der französischen und deutschen Freimaurer“ gebracht, der insofern nicht ohne Interesse ist, als einzelne Sätze sehr geeignet scheinen, die deutschen Großlogen auf gewisse Halbeiten aufmerksam zu machen, die selbst den „Profanen“ auffallen müssen. Der „Reichsbote“ sagt: „Die deutschen Logen waren bisher in ihrer Entwicklung stecken geblieben. Die Reime demokratischen und unchristlichen Wesens, die in den Ursprüngen der Freimaurerei vorhanden sind, konnten sich noch nicht entfalten. Höfische Rücksichten verhinderten dies, zum Mißvergnügen vieler, wie es sich z. B. in der Opposition des Lessingbundes, in Blättern wie der „Bauhütte“, dem „Freimaurer“ und anderen Erscheinungen zeigte. Die Freimaurerei zog die äußere Ausbreitung, die ihr der Nimbus fürstlicher Protektion verschaffte, der inneren Entwicklung ihres Wesens vor und blieb in dieser bei Halbeiten stehen, wie sie z. B. der Ausschluß der Juden und das Verbot politischer Betätigung sind. So konnte sie als Pflagestätte der Loyalität und Religion erscheinen. Mit dem 10. Mai wird dies anders.“ — Der „Reichsbote“ braucht keine Angst zu haben: das was er „Halbeiten“ nennt, ist leider viel zu tief eingewurzelt, als daß es durch eine flüchtige Berührung mit französischer Freigeisterei beseitigt werden könnte.

**E. N., Magdeburg.** Das Sanatorium „Kurhaus Schlachtensee“ war von dem Direktorium mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Eigenart empfohlen worden, daß seine Küche „unter ständiger rabbinischer Aufsicht“ streng rituell geführt werde. Außerdem betonte die Empfehlungsschrift, daß für religiöse empfindende jüdische Patienten vor allem der Zwang, nicht rituell zubereitete Speisen zu genießen, zu jenen steten Störungsursachen gehöre, die das Gleichgewicht des Empfindens stetig ins Wanken bringen könne. Die Polemik, zu der die Unterschriften dieses Prospekts den Anlaß gaben, sind aber insofern nahezu gegenstandslos geworden, als inzwischen die Direktion in den „Berliner Anzeigen“ eine Erklärung veröffentlicht hat, in der gesagt wird: „Es war unser Wunsch, den bekannten und geschätzten Nervenarzt, Herrn Dr. S. P., als Consiliarius unserer Anstalt zu gewinnen. Der Gang der bez. Vorverhandlungen ließ einen sichern Abschluß vermuten. Unter dieser Voraussetzung setzten wir den Namen des Herrn Dr. P. unter den den Herren Ärzten zugesandten Prospekt, ohne ihn davon zu benachrichtigen. Im letzten Augenblick sind die Verhandlungen gescheitert, so daß das erwünschte Verhältnis zwischen unserer Anstalt und Herrn Dr. P. zu unserm Bedauern nicht zustande gekommen ist.“

**S., Frankfurt a. M.** Die am 8. März d. J. in der „Frankfurter Ztg.“ veröffentlichte Anzeige des Herrn Wilhelm Hartenfels, dort, Bornwiesenweg 25, in der dieser Herr für ein industrielles Unternehmen einen Teilnehmer mit größerer Einlage suchte, hat wegen der beigefügten Bemerkung: „Freidenker bevorzugt, Semiten ausgeschlossen“, bei denen, die diesen sonderbaren „Freidenker“ nicht kennen, Staunen oder auch Vergernis erregt. In ähnlicher Form wird ein Inserat dieses Herrn nicht wieder in der „Frankfurter Ztg.“ Aufnahme finden. Die Expedition benachrichtigte uns, daß sie Herrn Hartenfels ersucht habe, „statt der negativen eine mildernde Ausdrucksweise zu wählen“. Für die „milde Ausdrucksweise“ der Expedition ist selbstverständlich die Redaktion der „Frankf. Ztg.“ nicht verantwortlich.

**B. M., Gießen.** Ueber diese Angelegenheit äußert sich des Liebermannsche Organ („Deutsch-soziale Blätter“) wie folgt: „Unser Freund, Herr Oberlehrer Dr. Werner =“

Gießen, ist bekanntlich nach Worms versetzt worden. Ein Gesuch um Rückgängigmachung der Versetzung wurde damit beantwortet, daß Herr Dr. Werner schon am 27. April seine neue Stellung anzutreten habe. Die angeblich (?) aus dienstlichen Gründen erfolgte Versetzung entbehrt nicht eines politischen Beigeschmacks, wenn man bedenkt, daß führende Juden in Gießen schon gleich nach den im Herbst 1907 erfolgten Stadtverordnetenwahlen triumphierend von der baldigen Versetzung berichten konnten. Die toleranten Leute konnten sich ihres politischen Gegners nicht anders erwehren, als daß sie sich über ihn beim hessischen Ministerium beschwerten. Die jüdische Kurzsichtigkeit in solchen Dingen bleibt sich immer gleich. In Gießen ist durch die Tatkraft Dr. Werners der deutsch-soziale Baum wurzelfest gewachsen; in Worms fehlte bislang der rechte Obergärtner.“ — Das stimmt: Die Wormser meinen wahrscheinlich auch: „Der hat uns gerade gefehlt!“

**P. A., Worms.** Es ist wohl kein Zufall, daß die „Wormser Zeitung“ in derselben Nummer, in der sie über den „Südwestdeutschen Handlungsgehilfenstag“ der „Deutschen Nationalen“ berichtet, einen Leitartikel bringt, in dem es beklagt wird, wie sehr das Niveau des Reichstages durch die Mitgliedschaft besoldeter Vertreter von Interessentengruppen sinken muß. „Solche Männer,“ schreibt sie (Schack ist dafür wohl ein Beispiel? Die Red.), „sind einfach gezwungen, fortgesetzt diligentiam zu prästieren, bei jeder Frage, bei der auch nur von fern die Interessen ihrer Organisation berührt werden, sich zu melden und ihr Sprüchlein zu sagen. Dazu, meinen sie, sind sie angestellt. Dafür werden sie bezahlt. Draußen vor den Toren des Reichstags stehen ihre Arbeitgeber, die zugleich ihre Wähler sind.“ Wir glauben trotzdem nicht, daß der Abgeordnete Heyl von Herrnsheim auf diese Weise eine Trennungsklinie zwischen sich und Schack ziehen will, sonst hätte er nicht der Versammlung der Schackschen Arbeitgeber beigewohnt. Die Eisenacher Agrarier werden sich freilich wohl überlegen, ob sie den Hamburger Arbeitnehmer des Handlungsgehilfenverbandes nochmals als ihren Erwählten in den Reichstag schicken.

## Vermischtes.

### Blutmärchen.

Wenn alljährlich um die Osterzeit in den verschiedensten Ländern die Judenfeinde durch Auffrischung des uralten Ritualmord-Märchens an die schlimmsten Instinkte des ungebildeten Pöbels appellieren und diesen zu Mord und Plünderung aufreizen, zeigt es sich deutlich, wie verdummend und kulturwidrig der Antisemitismus wirkt. Daß er aus seinem Arsenal in jedem Frühjahr dieselbe vergiftete Waffe der Ritualmordlüge hervorholt und zur Anwendung bringt, beweist einerseits, mit welchem geringen Aufwand von Geist er den Kampf gegen die jüdischen Bevölkerungsminderheiten führt, anderseits aber auch, wie niedrig er die Massen taxiert, an die er sich mit einem solchen Aufreizungsmittel wendet. Die Hoffnung der Anhänger Liebermanns, die in Berlin erfolgte Auffindung eines zerstückelten jugendlichen Leichnams zur Auffrischung des Ritualmordmärchens verwerten zu können, wurde dadurch vernichtet, daß der durch die Gerichtsärzte mühevoll wieder zusammengesetzte Leichnam deutliche Spuren der Erdrösselung aufwies, und daß in ihm ein jugendlicher Knabe erkannt und bald darauf auch der Mörder, ein christlicher Lohndiener namens Heider, ermittelt wurde. — Auch in Böhmen tauchten plötzlich Ritualmord-Gerüchte auf, die die Bevölkerung von Wittingau derart in Aufregung versetzten, daß nur die Verstärkung der Gendarmerie Ruhestörungen verhinderte. Die durch eine Gerichtskommission bewirkte rasche Feststellung, daß an der Nachricht von der Auffindung einer Mädchenleiche in einer auf dem Bahnhof befindlichen Kiste kein wahres Wort war, beschwichtigte die Gemüter. Von einer Bestrafung der Urheber des Gerichts hat bisher nichts verlautet. — In Zwittau in Mähren gab das Verschwinden eines neunjährigen Sohnes des Arbeiters Zawadil Anlaß zu den abenteuerlichsten Gerüchten. Wie nach der bald darauf erfolgten Auffindung des Leichnams durch die gerichtsarztliche Obduktion festgestellt wurde, hatte sich der Knabe im Walde verlaufen und war dem Tode durch Verhungern und Erfrieren verfallen. Die in Zwittau erscheinende



„Grenzpost“, die unter vollständiger Verdrehung des Tatbestandes den bei Zwittau tot aufgefundenen Knaben als Opfer eines Ritualmordes hingestellt und daran die blutrünstigsten Ausfälle konfessionellen Hasses geknüpft hatte, wurde zwar konfisziert. Damit war aber das „Blutmärchen von Zwittau“ noch keineswegs beseitigt. Da der Abg. Burg es im Oesterreichischen Abgeordnetenhaus unter dem Schutze der Immunität des Volksvertreters in Form einer Interpellation wieder auftrachte, war den in Wien erscheinenden antisemitischen Blättern sowie sämtlichen judenfeindlichen Provinzorganen die Möglichkeit gegeben, diesen Artikel ungestraft weiterzuverbreiten. Der deutschfortschrittliche Abgeordnete Kuranda brachte die Sache deshalb am 12. Mai wiederum im Oesterreichischen Abgeordnetenhaus zur Sprache und erklärte wörtlich: „Es liegt mir fern, den tiefen Entrüstungsschrei und den in mir vibrierenden Schmerz in eine Anfrage ausklingen zu lassen, warum im 20. Jahrhundert in einer westeuropäischen Legislative sich 21 Menschen gefunden haben, welche dieses vergiftende Märchen, das seit Jahrhunderten und Jahrhunderten Tausenden meiner Glaubensgenossen den Feuer- und den Wassertod eingetragen hat, von neuem zu verbreiten.“ (Lachen bei den Deutschradikalen und Christlichsozialen.) „Lachen Sie nur! Das Jahrhundert lacht über Sie! Die Regierung aber darf nicht durch längeres Schweigen den Satz auf sich beziehen lassen, daß derjenige, der schweigt, zustimmt, und dadurch den Anschein erwecken, als wenn der dargestellte Tatbestand nur den geringsten Schein der Wahrheit an sich hätte. Infolgedessen aber stelle ich nicht nur im eigenen Namen, sondern auch, ermächtigt von sämtlichen Mitgliedern mosaischer Konfession, welche die Ehre haben, dem Hause anzugehören, die Anfrage an den Präsidenten, ob er geneigt sei, den Justizminister zu ersuchen, diese Interpellation mit tunlichster Beschleunigung zu beantworten.“ (Beifall.) Der Präsident erwiderte, er werde dem Justizminister von der Anfrage Mitteilung machen. — Auch in Ungarn wurden Versuche gemacht, Ritualmordmärchen zu inszenieren. Ein gewisser Georg Bajka veran-

laßte das Bauernmädchen Martha Mark, die bei dem jüdischen Geschäftsführer Isak Bernstein in Sjinerwaralja als Kindermädchen dienende Flora Bujilla zu entführen, um durch ihr zeitweises Verschwinden die Veranstaltung einer Judenhege zu ermöglichen. Das zu diesem Zweck eingesperrte Kindermädchen entkam aber aus ihrer Haft, flüchtete zu ihrer Mutter nach Borhid, die den Vorfall dem Bernstein berichtete, der darauf dem Obersten Gerichte Anzeige machte. Das Ergebnis der eingehenden Untersuchung ist noch nicht bekannt. — In Siebenbürgen geriet am 20. April infolge des Verschwindens eines kleinen Töchterchens eines gewissen Dobra der Schächter der jüdischen Gemeinde in Siena, Jakob Perlmutter, in Lebensgefahr, aus der ihn der zufällig vorüberpassierende Gendarmenposten noch rechtzeitig errettete. Die Gendarmen ermittelten die Leiche in einer zur Wohnung der Eltern des Kindes gehörenden Kammer; es war in einem Wasserbottich ertrunken. Die Eltern sind wegen sträflicher Unachtsamkeit, mehrere Arbeiter wegen Bedrohung des Schächters in Untersuchung. Ähnliche Vorfälle sind in diesem Frühjahr aus Rußland und aus Bulgarien berichtet worden; in allen Fällen hat sich die Schuldlosigkeit der dabei beschuldigten Juden und die schändliche Absicht der Urheber der betreffenden Gerüchte herausgestellt. In allen Fällen ist nach demselben antisemitischen Rezept gearbeitet worden, und es ist weder den Verführern noch den Verführten zugute zu halten, daß ihr fast immer durch behördliches Eingreifen vereiteltes wüstes Treiben nicht zu Blutvergießen geführt hat. Daß die alberne Ritualmordlüge nicht auszurotten ist, erklärt sich durch die traurige Wahrheit, daß mit der Dummheit selbst die Götter vergebens kämpfen. Der Hydra des Hasses wachsen immer neue Köpfe, aber schließlich läßt sie sich doch besiegen; die Dummheit aber ist unsterblich wie die Lüge, und „was sich nie und nirgends hat begeben“, das allein veraltet nie! A. L.

### Konfession und Stampfbeton.

Ein feiner Fund ist der katholischen „Kölnischen Volkszeitung“ gegliickt; sie entdeckte im Anzeiger zum Zentralblatt der Bauverwaltung vom 1. Februar 1908, das vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegeben wird, folgende Anzeige einer staatlichen Behörde: „Zur Aufstellung von Entwürfen, insbesondere aber zur Beaufsichtigung der Bauausführung zweier Dampfschöpfwerke wird ein gewandter, im Wasserbau erfahrener Ingenieur oder Techniker evangelischer Konfession, mit praktischen Erfahrungen in der Ausführung von Stampfbetonarbeiten usw., zum 1. März, spätestens 1. April 1908 gesucht. . . . Landsberg a. d. Warthe, 28. Januar 1908. Der Deichhauptmann des Warthebruches Rauch, Bau- rat.“ — Dazu bemerkt „Die Welt am Montag“: „Wir haben uns vergeblich den Kopf darüber zerbrochen, weshalb wohl ein Evangelischer zur Anlage von Dampfschöpfwerken nach Ansicht des Herrn Deichhauptmanns die größere technische Eignung besitzt, als ein Katholik, ein Jude oder ein Dissident? Denn daß eine Behörde einfach aus Intoleranz eine bestimmte Konfession bei der Vergabung öffentlicher Arbeiten bevorzugen sollte, ist natürlich ausgeschlossen. Interessant wäre es jedenfalls, wenn sich Herr Rauch zu einem Kommentar über seine Sehnsucht nach einem evangelischen Stampfbeton-Sachverständigen herablassen sollte.“

\*

### Bücherchau.

**Jahrbuch für jüdische Geschichte und Literatur.** Herausgegeben vom Verbands der Vereine für jüdische Geschichte und Literatur in Deutschland. XI. Band. Berlin 1908. M. Poppelauer.

Der neue Band des Jahrbuchs für jüdische Geschichte und Literatur bietet gleich den früheren dem Leser reiche Belehrung in angenehmer Form. Mit den Rückblicken über die politischen und die literarischen Erscheinungen, welche aus bewährter sachkundiger Feder stammen, sind wieder eine Reihe wert-

voller wissenschaftlicher Aufsätze verbunden. Seimdörfer behandelt „die Religion als Naturgesetz der Seele“, der gelehrte Orientalist Professor Bacher in Budapest den jüdisch-persischen Dichter Schahin aus Schiras, welcher im 14. Jahrhundert der gewöhnlichen Zeitrechnung lebte, und Ernst Cohn das bisher sehr vernachlässigte Gebiet der Geschichte der jüdischen Kunst in einem Aufsätze über den „Buchschmuck der Hagada“. Eine instruktive Erklärung des Buches Koheleth gibt Rosenbergs, indem er es mit Goethes Faust vergleicht. Gern wird man auch die Briefe aus dem Nachlasse Augusts von Henning, eines Freundes Moses Mendelssohns, lesen, die Grunwald veröffentlicht. Am meisten aber wird die Mitglieder unseres Central-Vereins die geistvolle biographische Skizze interessieren, welche der bekannte Literaturhistoriker Ludwig Geiger dem vor vier Jahren verstorbenen Dichter Karl Emil Franzos gewidmet hat. Mit Recht hebt Geiger hervor, daß sich Franzos dadurch von seinen Vorgängern in der Ghettoichtung unterscheidet, daß er schon von Geburt ein Deutscher, Sohn eines deutschen Vaters und in deutscher Weise erzogen war, während Kompert, Bernstein und andere selbst als Kinder im Ghetto gelebt und eine jüdische Schulbildung empfangen hatten. Höchst interessant ist auch die Rolle, die Franzos in jungen Jahren in den Bestrebungen für Erhaltung und Förderung des Deutschtums in Oesterreich gespielt hat. Ihm wurden das Präsidium in deutsch-nationalen Studentenvereinen und die Reden bei den Festen, die man zu Ehren der deutschen Siege in Oesterreich veranstaltete, übertragen. Wie sehr sticht das gegen die Haltung ab, welche jetzt die große Masse der Anhänger des Deutschtums in Oesterreich gegenüber deutsch denkenden und fühlenden Israeliten einnimmt. Zweifellos wird die bedrängte Lage des österreichischen Deutschtums dadurch nicht gefördert, daß die sogenannten Deutschnationalen, statt jede sich ihnen bietende intellektuelle und materielle Unterstützung zu benutzen, lieber in der Ausbeutung des Vorurteils und Neides rückständiger Volksschichten mit der christlich-sozialen Partei wetten.

Gerade die Mitglieder unseres Vereins stehen auf demselben Standpunkte, den der feinsinnige Biograph einnimmt, indem er am Schlusse seiner Skizze dem Gedanken Ausdruck gibt, in welcher Weise wir alle die Gesinnung und Tätigkeit

des von ihm behandelten Schriftstellers als Beispiel befolgen sollen: „Als Juden, daß wir wie er den Kampf aufnehmen gegen Untugenden und Laster und bei aller Wahrung der Eigenheit und der 1000 jährigen Kultur uns voll und ganz anschließen dem Lande, dem wir durch Geburt und Bildung angehören, jeden Gedanken an eine nationale Existenz aufgeben und jeden törichten Traum eines Volkstums. Als Deutsche, daß wir wie er jede Unterdrückung der Freiheit als eine Schmach betrachten, als Menschen, daß wir wie er mit heiterem Optimismus und schönem Idealismus dem Siege des wahrhaft Guten vertrauen.“

Der Bericht über das Jahrbuch würde unvollständig sein, wenn wir nicht seiner drei vorzüglichen belletristischen Beiträge gedächten. Auch sie enthalten insofern ein belehrendes Element, als jeder von ihnen eine besondere Sphäre jüdischen Lebens mit Geschick zeichnet. Ein von Lin nachgebildetes Gedicht des ostjüdischen Dichters Frug packt uns durch seine poetische Kraft, eine Erzählung von Josefa Meş und eine Novelle von Heinrich York-Steiner erquickten durch ihren herzerfreuenden Humor.

Berlin.

C. G.

**K. C. Jahrbuch 1908.** Herausgegeben von Dr. Bruno Weil. Verlag von Josef Singer, Buchhandlung, Straßburg i. E. und Leipzig, 1908.

Wie Antäos nach der klassischen Sage durch jede Berührung mit der Erde, der er entsprossen war, neue Kraft gewann, so wirkt auf jeden gebildeten reifen Mann die Berührung mit der akademischen Jugend erfrischend. Sie stößt ihm neuen Kampfesmut ein; denn sie erfüllt ihn mit der Zuversicht, daß die Jugend, die die Zukunft für sich hat, sich auch für seine Ideale begeistert, daß sie für diese mit Gut und Blut einstehen wird. Weiß er auch, daß er das gelobte Land der wirklichen Gleichberechtigung der deutschen Juden selbst nicht mehr erreichen, daß er, was er und seine Zeitgenossen gesäet, nicht mehr ernten wird, so macht ihn dies nicht weichmütig. Er braucht den jugendlichen Kämpfern nicht erst zuzurufen: Fürchte Dich nicht und zage nicht! denn er sieht, daß sie ohnehin ein stolzes Selbstbewußtsein und ein frischer Mut beseelt, der das Beste hoffen läßt.

Das N. O. Jahrbuch bringt auch in diesem Jahre dafür neue Beweise; der schäumende Most der alten Biadrinalieder hat sich mit der Zeit mehr und mehr geklärt, und der Herausgeber gibt der echt vaterländischen und gutjüdischen Gesinnung den rechten Ausdruck, wenn er am Schlusse der Vorrede sagt: „Israel hat schon viel schlimmere Zeiten erlebt und überwunden als diese. Uns lebt die Hoffnung auf die Zukunft und der Glaube an das Gute im Menschen. Wachtet auf!“ Und wenn Dr. Robert Lerchenenthal in dem in dem Jahrbuch veröffentlichten „offenen Brief“ an Hans Bloch erklärt: „Juden und Deutsche sind wir und bleiben wir und bleiben wir, auch wenn es keine Antisemiten gäbe“, so ist das Fleisch von unserem Fleische und Geist von unserem Geiste. Wenn ein Teil der jüdischen Jugend es aber mit Hans Bloch hält, der Lerchenenthal gegenüber betont: „Wir brauchen nicht schlechtere Juden zu werden, um bessere Deutsche zu sein“, so sehen wir auch darin keinen Zwiespalt. Das ist das Einigende, die beste Bürgerschaft für die Zukunft der deutschen Juden, daß die gebildete jüdische Jugend, wenn auch auf verschiedenem Wege, doch darin übereinkommt, daß der gesinnungstüchtige deutsche Jude stets ein guter Deutscher sein muß und sein wird.

A. L.

**Meine Saaten**, Festrede anlässlich seines 25 jährigen Hamburger Amtsjubiläums, gehalten am 4. April 1908 von Dr. D. Leimdörfer. Verlag von Goldschmidts Buchhandlung, Hamburg.

In dieser, zum Besten des „Gabriel-Rießer-Vereins zur Förderung der Wissenschaft des Judentums“ veröffentlichten Festrede, finden wir nachstehende, von warmer Vaterlandsliebe durchwehten Sätze besonders beachtenswert: „Deutsche sind wir und wollen wir sein, deutsche Sprache, deutsche Wissenschaft, deutsches Denken und Dichten, deutsche Gesittung und deutsche Bildung wollen wir pflegen als treue Jünger eines Moses Mendelssohn, eines Gabriel Rießer, dieses Hamburgers, der sich so große Verdienste um das Vaterland und die deutsche Judenheit wie um die Wissenschaft und Rechtsgelahrtheit in glühender Begeisterung für Deutschlands Größe erworben hat. Meine Gemeinde, in deren Verwaltung er kurze

Zeit stand, ist und sei und bleibe die Gabriel=Nießer=Gemeinde! — In Liebe zu Kaiser und Reich, zu Senat und Bürgerchaft wollen wir an den Interessen des Vaterlandes und der Vaterstadt als treue deutsche Bürger mitarbeiten. Aber je größer die Liebe zum Vaterlande, destomehr ist es unsere Pflicht, die ruhmvolle Flagge des Judentums hochzuhalten, mit Stolz und Begeisterung unsere altehrwürdige Religion, diese Mutter aller Ideale der Tugend und Menschenliebe aufs Panier zu erheben, nicht um irdischer Ehren willen die Ehre preiszugeben, treue Bekenner des einigen und einzigen Gottes zu sein und nicht denen zu gleichen, die um vergänglicher Vorteile willen ihrem Vater im Himmel und ihren Vätern im Grabe die Treue brechen. Das hindert uns nicht, Eintracht und Frieden, Liebe und Treue allen Richtungen und Konfessionen entgegenzubringen, gibt es doch mehr Verbindendes als Trennendes, das uns im Leben des Staates, des Berufes und der Gesellschaft einen sollte. Mag jedermann seiner Ueberzeugung folgen, in seinem Gotteshause auf seine Weise seinen Gott anrufen, im Wesen der Religion, das ist in der ethischen Lebensführung, sollen wir eins sein!“

### **Die Juden in Oesterreich.** Von Dr. Jakob Thon.

Die vorliegende Arbeit bildet die vierte der monographischen Untersuchungen, welche das Bureau für Statistik der Juden, Berlin=Halensee, über einzelne Gebiete des sozialen Lebens der Juden in zwanglosen Heften herausgibt. Diese Monographie, deren Angaben auf amtliche Quellen zurückgehen, ist die erste zusammenhängende Darstellung der Zustände der jüdischen Bevölkerung in Oesterreich. Die Arbeit erstreckt sich in manchen Punkten auf die ganze zweite und teilweise auch auf die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts und gibt ein genaues Bild der Entwicklung der österreichischen Judenheit. Besonders Gewicht wurde auf die Beleuchtung der Verhältnisse der Juden in Galizien gelegt. Aus dem Inhalte seien nur die interessanten Kapitel über Zahl, natürliche Bewegung, Schulbildung, Umgangssprache, Berufsverhältnisse, Kriminalität und Geisteskrankheiten erwähnt. Die Aufhellung der Grundtatsachen des sozialen Lebens der Juden in Oesterreich in ihrer historischen Entwicklung wird zur Erkenntnis des modernen Judentums beitragen und

auch für sozialphilanthropische Bestrebungen eine reale Grundlage schaffen.

**Emigration und Immigration.** Ein Wort zur jüdischen Auswanderernot. Von Eugen Doctor in Friedland D.=S.

Die kleine, im Verlage von Louis Lamm in Berlin erschienene Schrift (Preis 60 Pfg.), beschäftigt sich mit der brennend gewordenen Frage, wohin der Strom der jüdischen Auswanderer gelenkt werden soll. Die in Amerika hereingebrochene Krise verschärft die Not der armen Heimatlosen, die nicht mehr wissen, wo sie ihren Fuß hinsetzen sollen, wo sie ihr müdes Haupt hinlegen können. Ob der für die jüdische Kolonisation von dem Verfasser empfohlene Landstrich sich dazu eignet oder nicht, wird wohl einer ernsthaften Prüfung gewürdigt werden.

**Thesaurus der hebräischen Sprache.** Von Eliezer Ben Jehuda. Vollständig in 150 Lieferungen oder zwölf Bänden. Preis jeder Lieferung 1,70 Mk., jedes Bandes 20 Mk. Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung, Berlin-Schöneberg.

Wer sich mit der Geschichte der Hebräer, ihrer Sprache, Literatur usw. zu beschäftigen hatte, wird empfunden haben, wie sehr es bisher an einem umfassenden Wörterbuch des Hebräischen mangelte. Diesem Mangel abzuhelpen, sind nach mühevollen Vorarbeiten zwei Lieferungen des erwähnten Werkes erschienen.

**Das Judentum am Scheidewege.** Ein Wort zur Schicksalsfrage an die Starken und Edlen des jüdischen Volkes. Von Dr. Max Joseph, Rabbiner in Stolp i. P. Verlag von M. Poppehauer. Brosch. 3 M., geb. 4 M.

**Programm der Realschule der israelitischen Gemeinde Frankfurt a. M.** (Philanthropin.) Ostern 1908. — Schulnachrichten. Von Direktor S. Adler.

**Katalog 500** der Handschriften und Drucke des Mittelalters und der Renaissance, herausgegeben anlässlich des



120 jährigen Bestehens des Antiquariates Joseph Baer & Co., Frankfurt a. M.

41. Bericht über den Religionsunterricht der Synagogen-Gemeinde zu Königsberg i. Pr. für das Schuljahr 1907/08, erstattet von dem Dirigenten Dr. Vogelstein, Rabbiner der Synagogen-Gemeinde.

57. Jahresbericht des Israel. Unterstützungs-Vereins in Wiesbaden für das Jahr 1907.

Bericht des Israelitischen Waisenhauses, genannt Philipp Feidel und Emilie Goldschmidt'sche Stiftung zu Cassel. September 1899 bis Januar 1908.

\*

---

Redaktions-schluß dieser Nummer 25. Mai 1908.

---

Redaktions-Bureau des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Berlin SW. 68, Lindenstr. 13, II  
Fernsprecher Amt IV, Nr. 7079.

Den Vereinsmitgliedern geht diese Zeitschrift unentgeltlich zu.

**Abonnementspreis für Nichtvereinsmitglieder: pro Jahr 3 Mk.  
Preis der Nummer: 30 Pfennig.**

Wir bitten unsere Leser, jeden Wohnungswechsel der unterzeichneten Expedition oder dem am Orte wohnhaften Herrn Vertrauensmann des Central-Vereins unverzüglich anzuzeigen.

Reklamationen wegen des Ausbleibens eines Heftes dieser Monatschrift können nur innerhalb der Monatsfrist nach Erscheinen Berücksichtigung finden.

Die Expedition der Zeitschrift  
**„Im deutschen Reich“**

Berlin SW. 68, Lindenstraße 13, II.

## Nachtrag.

### Jüdische Aerzte und russische Paßvorschriften.

Die leidige Angelegenheit der russischen Paßvorschriften ist am 2. Mai d. J. Gegenstand der Verhandlungen der Ostpreussischen Ärztekammer gewesen.

Es wird unsern Lesern bekannt sein, daß zur Reise nach Rußland ein Paß gehört, der von dem russischen Konsulat visiert werden muß. Dieses Visum wird den Christen anstandslos erteilt, während bei den Juden drei Kategorien unterschieden werden. Die erste Kategorie umfaßt die Inhaber gerichtlich eingetragener Firmen, die zweite die jüdischen Handlungsreisenden solcher Firmen, die dritte alle übrigen Juden. Die erste Klasse erhält das Visum gegen Vorlegung eines amtlichen Handelsregisterauszugs, die zweite hat eine beglaubigte Vollmacht ihrer Firmen beizulegen. Die dritte Klasse, welche unter dem Kollektivbegriff „Sonstige Reisende“ aller Personenklassen umfaßt, die nicht zu Firmeninhabern und Handlungsreisenden gehören, also z. B. Aerzte, Anwälte, Schriftsteller, Privatpersonen usw., können das Visum nur in der Weise erlangen, daß sie den deutschen Generalkonsul in Petersburg bitten, bei dem russischen Minister des Innern Fürbitte einzulegen, ihnen die Erlaubnis der Reise nach Rußland zu erteilen. Diese Erlaubnis wird in den allerseistensten Fällen erteilt und dann noch an entwürdigende Bedingungen, wie Aufenthaltsbeschränkungen u. a. m., geknüpft. Bis diese Erlaubnis erteilt wird, vergehen in der Regel Monate, so daß auch die schließlich erteilte Genehmigung hierdurch in den meisten Fällen wertlos wird. Am häufigsten trifft dies bei den Aerzten zu, die zu schleunigen Konsultationen, Operationen usw. nach Rußland berufen werden, also in Fällen, die keinen Aufschub zulassen. Eine Umgehung dieser Vorschriften soll zuweilen dadurch möglich gemacht worden sein, daß einzelne Aerzte sich von Inhabern eingetragener Handelsfirmen Vollmachten zum Abschluß von Handelsgeschäften ausstellen ließen. Natürlich weist die weit überwiegende Zahl der deutschen Aerzte diesen entwürdigenden Weg mit Entrüstung zurück, sehr zum Schaden nicht nur ihrer persönlichen Interessen, sondern auch der Patienten, die ihren ärztlichen Beistand wünschen.

Längst haben diese Zustände in weiten ärztlichen Kreisen tiefen Mißmut erregt und Erwägungen veranlaßt, ob und wie Abhilfe zu schaffen sein würde. Infolge einer, aus Anlaß eines krassen Einzelfalles an die Ostpreussische Kammer gerichteten Eingabe ist der Stein endlich ins Rollen gekommen. In der am 2. Mai stattgehabten Sitzung der Ärztekammer für die Provinz Ostpreußen erklärte der Referent Forstreuter: „Meine Herren! Sie werden wohl mit den Antragstellern übereinstimmen und die Paßvorschriften, wie sie nach der gedruckten Anweisung des russischen Konsuls in Königsberg für deutsche Ärzte mosaischen Glaubens bestehen, für entwürdigend und die Interessen des ärztlichen Standes schädigend erachten. Da, wie wir gesehen haben, auch die Kollegen mosaischen Glaubens anderer Ärztekammerbezirke unter denselben Mißständen zu leiden haben, so stelle ich den Antrag, die hier zusammengefaßten Schriftstücke dem Ärztekammer-Ausschuß zu überreichen mit dem Antrage:

„Durch den Herrn Minister der Medizinalangelegenheiten den Herrn Reichskanzler zu bitten, eine Gleichstellung der Paßvorschriften für deutsche Ärzte mosaischen Glaubens mit denen für die übrigen Ärzte erwirken zu wollen.“

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen und beschlossen, durch den Ausschuß der preussischen Ärztekammern alle anderen Kammern aufzufordern, dem Beschluß beizutreten.

Wir haben hier einen erfreulichen Erfolg unserer Sache zu verzeichnen, denn wir zweifeln nicht daran, daß der von der Ostpreussischen Kammer gefaßte Beschluß die Reichsregierung von der Unhaltbarkeit der für die nach Rußland reisenden deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens bestehenden Ausnahmebestimmungen überzeugen wird. Dies wird besonders der Fall sein, wenn auch andere große deutsche Berufsorganisationen, wie z. B. die Anwaltskammern, die Schriftsteller-Vereinigungen, Künstlergenossenschaften usw., dem Beispiele der deutschen Ärztekammern nachfolgend, in ähnlicher Weise an den Reichskanzler die Aufforderung richten, Schritte gegen eine ungleiche Behandlung ihrer Berufsgenossen jüdi-

sehen Glaubens durch die russischen Behörden zu unternehmen. Zweifellos würden sich dann auch Vertreter anderer Staaten solchen Schritten anschließen, damit endlich Zustände beseitigt werden, deren Duldung vielen Berufskreisen zum Nachteil, allen vorurteilslosen deutschen Staatsbürgern zum Vergernis, der gesamten Kulturwelt aber gewiß nicht zum Ruhme gereichen.



### Wangerooe.

Kurz vor Redaktionsschluß gehen uns noch Mitteilungen über das Nordseebad Wangerooe zu, welche wir angesichts der vorgerückten Badesaison unsern Mitgliedern noch zugänglich machen zu müssen glauben. Unsern Lesern wird erinnerlich sein, daß uns bereits im vorigen Jahre eine schriftliche Auslassung des dortigen Badekommissars Wittenberg Veranlassung gegeben hat, Wangerooe auf die Liste der antisemitischen Badeorte zu setzen. Da dieser Beschluß bei einem Teil der dortigen Hoteliers Mißfallen erregt hat, wurde bereits im vorigen Jahre Herr Wittenberg aus Wangerooe selbst nochmals über seine Stellung zu den jüdischen Badegästen interpelliert. Er schrieb darauf am 15. Juli 1907 an einen der Fragesteller:

Badekommission

Wangerooe.

Antwortlich Ihrer Zeilen habe ich auf die ziemlich herausfordernde Anfrage eines jüdischen Herrn eine den Tatsachen entsprechende Antwort gegeben, was ich wohl nicht getan haben würde, wenn die Anfragen von jüdischen Familien in bescheidener Anzahl wie in den Vorjahren geblieben wären. Solche Anfragen sind eben in diesem Jahre in übermäßig großer Anzahl eingelaufen, so daß ich den Eindruck gewonnen habe, als ob eine große Anzahl Juden auf Verabredung unsere Insel überschwärmen wollte. Wenn ich nun nach dieser Richtung hin etwas gebremst habe, so glaube ich im Sinne aller Gäste (einschließlich

der jüdischen) gehandelt zu haben, denn letztere werden sich m. E. auch nicht mehr bei uns wohl fühlen, wenn sie zuviele ihrer Glaubensgenossen antreffen. Ich freue mich sogar, den richtigen Mann getroffen zu haben, denn er hat für das Bekanntwerden gesorgt. Andererseits hege ich kein Bedenken, daß unsere jüdischen Gäste, die einmal hier gewesen sind, auf Grund der Warnung in dem Blatt: „Im deutschen Reich“ wegbleiben werden. Tatsache ist, daß trotz der Warnung täglich noch jüdische Gäste ankommen.

Persönlich bekenne ich mich nicht zu der antisemitischen Partei; ich will aber gerne den Verdacht, ein Antisemit zu sein, auf mich laden, wenn ich der Allgemeinheit des Badeorts dadurch dienlich sein kann.

Meine Meinung ist die: daß wir die Juden, die zu uns kommen, ebenso liebenswürdig behandeln müssen als die Christen, doch darf nicht danach getrachtet werden, daß sie kommen sollen, um die Mehrzahl unserer Gäste zu bilden, und es geschieht, wenn nicht ein Dämpfer vorgeschoben wird. Mein Bestreben ist, den guten Ruf, den wir unjerm Badeort gemeinschaftlich erworben haben, auch zu erhalten.

Lassen Sie also Ihre jüdischen Gäste nur wiederkommen, und sichern Sie ihnen dieselbe freundliche Aufnahme zu, die sie früher gefunden haben; wenn nötig schieben Sie mir die Schuld zu. Meinerseits werden ihnen die Rechte, die anderen Gästen zustehen, nicht entzogen werden.

Hochachtungsvoll.

Wittenberg.

Diesen Brief hat uns der betreffende Hotelier vor einigen Tagen eingesandt und dabei bemerkt, daß nicht nur er selbst sehr gern Juden aufnehme, sondern daß auch die große Mehrzahl der andern Hoteliers und Wohnungsvermieter auf dem gleichen Standpunkte stehen. Sie hätten schon in früheren Jahren gern Israeliten bei sich aufgenommen, die sich auch bei ihnen sehr wohl gefühlt hätten.

Diese Angelegenheit ist am 10. Mai auch Gegenstand einer Interpellation in der Oldenburgischen jüdi-

ichen Landgemeinde gewesen, wobei der Vorsitzende hervorgehoben hat, daß die Oldenburgische Regierung bereits gegen den Versuch, das Nordseebad Wangerooge zu einem „judenreinen“ Bad zu machen, eingeschritten sei. Worin die an die betreffenden Behörden erteilten bezüglichen Instruktionen bestehen, und welchen Erfolg sie bei dem Badekommissar Wittenberg gehabt haben, entzieht sich unserer Kenntnissnahme. Hiernach müssen wir unsern Mitgliedern anheimstellen, ob sie Wangerooge aufsuchen wollen; es wird sich aber empfehlen, sich vorher mit uns in Verbindung zu setzen, damit wir den betreffenden Badebesuchern Adressen solcher Wirte nennen können, denen nachweislich jüdische Gäste willkommen sind.

\*

---

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: Alphonse Levy, Berlin  
 Alleinige Zulieferantenannahme: Bewigson & Ehrlich Verlag für Handel und Industrie,  
 Berlin W. 57. Druck: Paß & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57.

# Cigaretten

Cigaretten sind wie Edelsteine, je höher der wirkliche Wert ist, desto bescheidener muß die Aufmachung und Fassung sein. Beweis: Salem Aleikum-Cigaretten. Preis: 3 $\frac{1}{2}$  bis 10 Pfg. das Stück. Nur echt mit Firma: Orientalische Tabak- und Cigarettenfabrik „YENIDZE“, Inhaber: Hugo Zietz, Dresden. Über 1500 Arbeiter.

# Edelsteine

## Erholungsorte bezw. Hotels und Pensionen, die anti- semitischen Charakter haben.

**Bansin** (Villa: Gertrud, Seewarte, Büchner u. Strandklaus).

**Binz** (Willen: Seeblick, Quisjana: Hot. Postenberg; Nest. Imperial: Besitz. Staub).

**Borfum** (Bergl. S. 288 des Mai-Festes)

**Braunlage** (D. = Harz). (Prospekt der Verwaltung Seite 6: „Israeliten werden von den Braunlage besuchenden Fremden nicht gern gesehen, deshalb finden diese in Hotels nicht gern gesehen, deshalb finden diese in Privathäusern schwer Aufnahme“ (Ausgenommen: „Villa Germania“, wo jüdische Gäste willkommen sind).

### **Bruchhausen**

i. Schwarzwald, Buckow (Christl. Erholungshaus Wit-helmshöhe).

**Bruchhausen** (Hot. Kaiserhof, Seepavillon, Bes.: Piller).

**Einöd** b. Friesen in Obersteiermark.

### **Ettlingenweiler**

i. Schwarzwald Finsterbergen b. Friedrichsroda (Kurhaus „Felsenstein“. Verwaltung versendet Prospekte: „nur für christl. Familien“). Frankfurt a. M. (Bahnhofs = Hotel Köln. Hof: Besitzer Laatz).

### **Gaisenstein.**

**Gehlberger Mühle** b. Oberhof.

**Groß-Sabarzi Thür.** (Kurhaus u. Schießhaus, Pension Hanna, Villa Woelfers „keine Juden“).

**Gundelbruch** i. Elsaß, **Sahnenlee** im Harz

Hain i. Riesengeb. (Vill. Idylle, christl. Penj.).

**Harzburg** (Villa Lad-huse, Haus Wald-fried, Bes. Hagel-berg, Villa Winter-berg, Nordhäuserstr.)  
**Hasserode** b. Wernigerode (Kurhaus der Frau Dr. Kurbel).

### **Heiligenhafen.**

### **Herzberg a. Harz.**

### **Juiß.**

**Karlshad** (Elisabethsh., Hot.: Morgenstern, National, de Russie, Residenz, Grillparzer, Römischer Feldherr, Italia, Florenz, Germania, Stadt Warschau, Insel Malta, Rosenstock, Kaiser-Strasse, Branden-burger Th., Preussische Krone, Egeria, Dia-mant, Englische Krone).

### **Rißbüchel in Tirol.**

(Fremdenverkehrs-Berein versendet Kestamebücher mit Stempel: Beschluß d. General-Veri. 1897: Anfragen von Juden bleib. unberücksicht).

**Königsfeld** Schwzw., Prospekt: „Der christl. Charakter d. Orts be-dingt christliche Haus-ordnung i. d. meisten Häusern, weshalb Israeliten ihn nicht aufsuchen.“)

**Rudowa** (Villa v. Wunich).  
**Ruffstein** (Gasthof zu den 3 König n).

### **Langevog.**

**Lafolk** (Nordsee).

### **Langkampfen.**

Landeck (Glyfium).

**Leba** i. Pomm., Bad.  
**Mezzolombardo** (Nest. Gröbner).

**Neuenahr** (Villa Drania: Schmitter).

**Oberlauchringen** i. Bd. (Gasth. z. Butachtal, Besitzer Albiez).

### **Oberweiler** (Schwzw)

**Ottalienberg** (Pension, am Frauenkloster).

**Parmont:** Pension Storch, Richters

Pension („Kein jü-discher Besuch“).

**Rentsch** b. Bozen.

### **Saizbrunn**

(Schwagens Hof).  
**Sielbeck**, Postl. Schweiz (Hotel und Pension Kellerssee).

### **St. Johann**

i. Appenzell.  
**Schierke** i. Harz (Hotel Fürstenhof, Hoppe, Haus Zannenheim u. a. m.).

**Schliefsee** (Gofhaus).

**Schreiberhau** i. Riesengebirge (Landhaus „Marie Elisabeth“, Villa Rutschmann).

### **Schwarzbach** bei Wiegandsthal.

**Tris** i. Tirol (Hotel Dolomitenhof).

**Sirmione** a. Gardasee (Hot. Promessi sposi)

**Swinemünde** (Hotel Hedwig).

**Trabemünde** (Villa Miramare).

### **Waldherad** bei Hall.

**Wangerooze.** Bergl. S. 388, 389 dieses Fests.

**Wernigerode** Harz-friede, „christl. Er-holungsheim“.

**Warnemünde** (Villa Seeblick).

**Westerland Sylt** (Pension Lambeck).

**Wildbad** (Penj. Kreuz u. Waldeck, Montebello).

### **Zinnowitz.**

# Karlsbad.

# Grand-Etablissement Sanssouci

in prachtvoller Lage an der Hauptpromenade.

Schön möblierte Zimmer.

Mässige Preise.

Aufliegen von 300 Zeitungen.

## **Spedition A. WARMUTH BERLIN**

C. 2, Hinter der Garnisonkirche 1a. NW. 7, Schadowstraße 4—5.  
W. 15, Joachimsthalerstraße 13.

Spedition von Reisegepäck. — Deutsche und internat. Transporte.

Israelitisches

## **Knaben-Pensionat**

### **Berlin N.-Pankow, Parkstrasse 16**

Fernsprecher: Pankow 332.

Villa mit grossem Garten. Rituelle Verpflegung. Religiöse Erziehung. Individuelle Behandlung. Gewissenhafte Nachhilfe in allen Unterrichtsfächern. Oberrealschule und Realgymnasium hier. Hebräischer Unterricht. Beste Referenzen.

Näheres durch **Direktor Max Wilinski.**

# כשר **Stadtküche** כשר

## **A. Breslauer**

nur Potsdamerstrasse Nr. 30

Vollständige Uebernahme von Hochzeiten  
und aller festlichen Veranstaltungen in nur  
erstklassiger Ausführung und Ausstattung.

Referenzen:

Sr. Ehrwürden Dr. Eschelbacher, Sr. Ehrwürden Dr. Weisse,  
Sr. Ehrwürden Dr. Rosenzweig.





## Ia Wurst!!! billigere Preise!!!

Ia Dampfurst . . . Pfd. 0.80 u. 1.— Mk.	Ia feine Schlackwurst oder Salamiwurst . . . Pfd. 1.30 Mk.
Ia Schlesische Wurst . . . Pfd. 0.95 "	Ia Dauerwurst . . . " 1.60 "
Ia Polnische Wurst . . . " 0.95 "	Ia Zwiebelleberwurst . . . " 0.75 "
Ia Mettwurst . . . " 1.20 "	Ia Leberwurst . . . " 0.95 "
Ia Braunsch. Mettwurst . . . " 1.20 "	Ia Kalbsleberwurst . . . " 1.20 "
Ia Rh. Kochwurst . . . " 1.20 "	Extrafeine Leberwurst . . . 1.80 "
Ia Kaiser-Jagdwurst . . . " 1.20 "	Rinderkernfett . . . " 0.65 "
Ia Fraust. Würstchen . . . Dtz. 1.— "	Ia Kalbsfett gar. rein . . . " 0.95 "
Ia Wiener Würstchen . . . " 2.— "	

Vorzügliches Gänseeschmalz, gar. rein, Pfund 1.40 Mk.

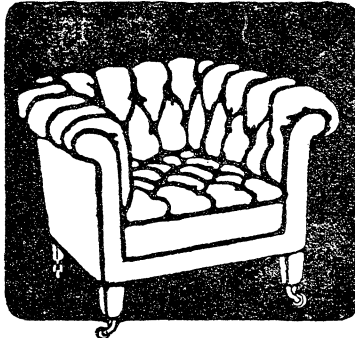
**Max Schönwald,** Berlin S. 42,  
Luckauerstr. 16.

Versand nur gegen Nachnahme. — Wiederverkäufer Rabatt.

# Klubsessel

Leder  
Stühle

Katalog



Leder-  
Fauteuils

kostenfrei

Kein Laden

1. u. 2. Etage

**Berliner Sitzmöbel  
Industrie · G. m. b. H.**

Berlin C., jetzt nur Neue Promenade 1.

(Gegenüber Bahnhof Börse.)

# HERRENARTIKEL

Denkbar grösste Auswahl  
Exquisiteste Ausstattung  
speziell in

**Oberhemden, Kragen und Unterwäsche**

bei fortlaufendem Eingang von  
Saison-Neuheiten.

Schlaf-Anzüge

Nachthemden

Socken

Hausschuhe

Amerikanische Schuhwaren

Schirme

Stöcke

Handschuhe

Westen

Hosenträger

Taschentücher

Zigarren- und

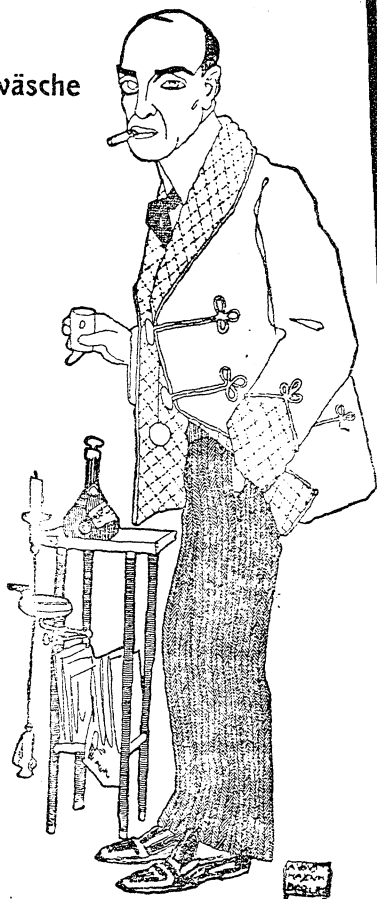
Zigarettenaschen

Parfümerie- und Toilette-Artikel

Depositen-Kasse Deutsche Bank

Frisier-Salon

Zigarren-Abteilung



# KAVFHAVS DES WESTENS